Stand: 14.11.2026 19:25:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10970

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027 hier: Einführung eines Gehörlosengeldes (Drs. 19/9020)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10970 vom 24.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11568 des HA vom 16.04.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11693 vom 23.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.04.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 24.02.2026 **Drucksache** 19/**10970**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
(Drs. 19/9020)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Nach Art. 18 wird folgender Art. 19 eingefügt:

„**Art. 19**

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

Das Bayerische Blindengeldgesetz (BayBlindG) vom 7. April 1995 (GVBl. S. 150, BayRS 2170-6-A), das zuletzt durch § 9 des Gesetzes vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 613) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Bayerisches Blinden- und Gehörlosengeldgesetz (BayBlindGehörG)“.

2. Art. 1 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Blinde, hochgradig sehbehinderte und hochgradig hörgeschädigte Menschen erhalten auf Antrag, soweit sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Freistaat Bayern haben oder soweit die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 dies vorsieht, zum Ausgleich der durch diese Behinderungen bedingten Mehraufwendungen ein monatliches Blinden- beziehungsweise Gehörlosengeld.“

b) Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Gehörlos im Sinne dieses Gesetzes sind Personen mit dem Merkzeichen „Gl“ im Schwerbehindertenausweis und einem Grad der Behinderung von 80 bis 100.“

c) Nach Abs. 4 wird folgender Abs. 5 eingefügt:

„(5) Hochgradig hörgeschädigt im Sinne dieses Gesetzes sind Personen mit einem beidseitigen Hörverlust von mindestens 80 % und einem Grad der Behinderung von mindestens 70.“

d) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 6.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Dem Art. 2 Abs. 1 werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:

   „[4]Gehörlose Menschen im Sinne von Art. 1 Abs. 4 erhalten ein monatliches Gehörlosengeld in Höhe von 60 % des Blindengeldes nach Satz 1. [5]Hochgradig hörgeschädigte Menschen im Sinne von Art. 1 Abs. 5 erhalten ein monatliches Gehörlosengeld in Höhe von 30 % des Blindengeldes nach Satz 1.“

4. In Art. 3 Abs. 1 Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe „Sehbehinderung“ durch die Angabe „Seh- und Hörbehinderung“ ersetzt.

5. Art. 4 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 wird die Angabe „Blindengeld“ jeweils durch die Angabe „Blinden- und Gehörlosengeld“ ersetzt.

   b) Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

      „(4) Errechnet sich durch die Anrechnung nach den Abs. 1 bis 3 ein geringerer monatlicher Zahlbetrag als 60 €, dann wird ein Blinden- und Gehörlosengeld in Höhe von 60 € monatlich ausgezahlt.“

6. In Art. 5 Satz 1 Halbsatz 1 und 2 sowie Satz 2 wird die Angabe „Blindengeld“ jeweils durch die Angabe „Blinden- und Gehörlosengeld“ ersetzt.“

2. Die bisherigen Art. 19 und 20 werden die Art. 20 und 21.

3. Der bisherige Art. 21 wird Art. 22 und folgender Abs. 5 wird angefügt:

   „(5) Art. 19 tritt am 1. Juli 2026 in Kraft.“

Begründung:

Mit dieser Änderung wird das Bayerische Blindengeldgesetz (BayBlindG) durch ein Bayerisches Blinden- und Gehörlosengeld (BayBlindGehörG) ersetzt. Mit der Einführung eines Gehörlosengeldes bzw. der Erweiterung des Bayerischen Blindengeldgesetzes zu einem Bayerischen Blinden- und Gehörlosengeldgesetz wird eine dauerhafte, chancenausgleichende Leistung geschaffen, welche die gleichberechtigte Teilhabe für gehörlose und hochgradig hörgeschädigte Menschen gemäß der UN Behindertenrechtskonvention ermöglicht.

Entsprechende Haushaltsmittel sind zum Epl. 10 im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 beantragt.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 16.04.2026 **Drucksache** 19/**11568**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**
   Drs. 19/**9020**

   über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
   (Haushaltsgesetz 2026/2027 - HG 2026/2027)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
   Drs. 19/**10965**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Aufhebung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 19/9020)

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
   Drs. 19/**10966**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Zuschläge zur Mehrarbeitsvergütung im Polizeidienst
   (Drs. 19/9020)

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
   Drs. 19/**10967**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: kein pauschaler Stelleneinzug
   (Drs. 19/9020)

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
   Drs. 19/**10968**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027
   (Drs. 19/9020)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
   Drs. 19/**10969**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Landespflegegeld
   (Drs. 19/9020)

7. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
   Drs. 19/**10970**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 19/9020)

8. **Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
   Drs. 19/**10971**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 19/9020)

9. **Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
   Drs. 19/**10972**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Keine Sperre frei werdender Stellen ab 2026
   (Drs. 19/9020)

10. **Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),**
    Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
    Drs. 19/**10973**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
    (Drs. 19/9020)

11. **Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)**
    Drs. 19/**10974**

    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
    hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
    (Drs. 19/9020)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/**11218**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
hier: Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027
(Drs. 19/9020)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. **Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans)** wird wie folgt gefasst:

„**Art. 1**
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2026 auf 84 842 411 100 € und
2. für das Haushaltsjahr 2027 auf 83 830 570 900 €

festgestellt.“

2. **Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung)** wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Buchst. a wird die Angabe „15 02,“ gestrichen.
      bb) Folgender Buchst. c wird angefügt:
      „c) in Kapitel 15 02 die Hochschulen,“.
   b) Abs. 8 Satz 2 Halbsatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Nach der Angabe „Justizvollzugsanstalten“ wird die Angabe „und“ durch die Angabe „ ,“ ersetzt.
      bb) Nach der Angabe „Hafteinrichtungen,“ wird die Angabe „für Einrichtungen, die zur Unterbringung während des Asylverfahrens an der Grenze einschließlich vorgeschaltetem Screening und für Rückkehrgrenzverfahren genutzt werden,“ eingefügt.
   c) Abs. 11 wird aufgehoben.
   d) Die Abs. 12 bis 19 werden die Abs. 11 bis 18.
3. **Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen)** wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Die Angabe „25 000 m²“ wird durch die Angabe „31 000 m²“ ersetzt.
      bb) Nach der Angabe „Martinsried“ wird die Angabe „und für die Errichtung eines Busbahnhofs und die dort anbindenden Radwege“ eingefügt.
   b) Abs. 12 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In dem Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe „Ausschreibung“ durch die Angabe „Erbringung“ ersetzt.
      bb) In Nr. 1 wird die Angabe ‚Projekt „2. Münchner S-Bahn Vertrag (2. MSBV)“ ‘ durch die Angabe ‚Netz „S-Bahn München“ ‘ ersetzt.

4. In **Art. 10 (Änderung des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 10. August 2023)** wird nach der Angabe „§ 2 Nr.“ die Angabe „1 und“ eingefügt.

5. **Art. 14 (Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes)** wird wie folgt gefasst:

‚**Art. 14**
Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch Art. 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Zulagen (Art. 51 bis 57, 108 Abs. 2),“.

2. In Art. 83 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. a wird die Angabe „Art. 108 Abs. 2 und 13“ durch die Angabe „Art. 108 Abs. 2“ ersetzt.‘

6. Nach Art. 14 (Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) werden die folgenden **Art. 15 (Änderung des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes) und Art. 16 (Weitere Änderung des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes)** eingefügt:

‚**Art. 15**
Änderung des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes

Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 657) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 112 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Art. 112
Bayerische Akademie der Wissenschaften und sonstige Einrichtungen“.

b) Vor Abs. 1 wird folgender Abs. 1 eingefügt:

„(1) [1]Mit der Präsidentin oder dem Präsidenten sowie der Generalsekretärin oder dem Generalsekretär der Bayerischen Akademie der Wissenschaften kann ein privatrechtliches Dienstverhältnis begründet werden. [2]Die Dienstverträge schließt das Staatsministerium im Namen des Freistaates Bayern.“

c) Der bisherige Abs. 1 wird Abs. 2 und folgender Satz 6 wird angefügt:

„[6]Art. 105 Abs. 3 und 4, Art. 106 sowie Art. 111 gelten entsprechend.“

d) Der bisherige Abs. 2 wird aufgehoben.

2. In Art. 113 Abs. 1 Satz 1 Satzteil vor Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 3 sowie in Art. 123 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 wird jeweils nach der Angabe „112“ die Angabe „Abs. 2“ eingefügt.

Art. 16
Weitere Änderung des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes

Das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK), das zuletzt durch Art. 15 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) [1]Die Bayerische Akademie der Wissenschaften ist eine staatliche Einrichtung und daneben eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts. [2]Aufgabe der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ist es, Wissenschaft zu betreiben und zu fördern. [3]Art. 4 Abs. 2, 3 und 5 bis 7

mit Ausnahme von Art. 4 Abs. 5 Satz 2 Nr. 4 und 5, die Art. 9 bis 12 mit Ausnahme von Art. 9 Satz 3 bis 5 und Art. 11 Abs. 1 Satz 5 und 6 und Abs. 4, Art. 15 sowie Art. 53 Abs. 1 bis 4 und 7 gelten entsprechend. [4]Mit der Präsidentin oder dem Präsidenten sowie der Generalsekretärin oder dem Generalsekretär der Bayerischen Akademie der Wissenschaften kann ein privatrechtliches Dienstverhältnis begründet werden. [5]Die Dienstverträge schließt das Staatsministerium im Namen des Freistaates Bayern. [6]Durch Rechtsverordnung kann das Staatsministerium die Aufgaben und die Organisation der Bayerischen Akademie der Wissenschaften näher bestimmen."

2. Folgender Abs. 3 wird angefügt:

„(3) [1]Die zur Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 31. Dezember 2026 bestehenden Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Ausbildungsverhältnisse der Auszubildenden gehen mit Wirkung zum 1. Januar 2027 auf den Freistaat Bayern über. [2]Der Freistaat Bayern tritt zum 1. Januar 2027 in die Rechte und Pflichten als Arbeitgeber und Ausbildender ein. [3]Die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildenden bleiben der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zugeordnet. [4]Ihre beim Übergang bestehenden arbeitsvertraglichen Rechte bleiben unberührt. [5]Die bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zurückgelegten Beschäftigungszeiten werden so angerechnet, wie wenn sie beim Freistaat Bayern zurückgelegt worden wären. [6]Betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit dem Übergang der Arbeitsverhältnisse sind ausgeschlossen." '

7. Der bisherige Art. 15 wird Art. 17

8. Der bisherige Art. 16 wird Art. 18 und in dem Einleitungssatz wird die Angabe „Art. 15" durch die Angabe „Art. 17" ersetzt.

9. Der bisherige Art. 17 wird Art. 19.

10. Der bisherige Art. 18 wird Art. 20 und in dem Einleitungssatz wird die Angabe „Art. 17" durch die Angabe „Art. 19" ersetzt.

11. Nach dem neuen Art. 20 wird folgender Art. 20a eingefügt:

‚Art. 20a

Änderung des Bayerischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes

Das Bayerische Untersuchungshaftvollzugsgesetz (BayUVollzG) vom 20. Dezember 2011 (GVBl. S. 678, BayRS 312-1-J), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Juni 2025 (GVBl. S. 178) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Nach Art. 12 wird folgender Art. 12a eingefügt:

„Art. 12a

Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit

Untersuchungsgefangenen, die ohne Verschulden kein Arbeitsentgelt und keine Ausbildungsbeihilfe erhalten, wird bis einschließlich des dritten Monats des Vollzugs eine Überbrückungsleistung in Höhe von monatlich dem 1,65-fachen Tagessatz der Eckvergütung zur Verwendung für den Einkauf oder anderweitig gewährt, falls sie bedürftig sind." '

12. Die bisherigen Art. 19 und 20 werden die Art. 21 und 22

13. Der bisherige **Art. 21 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)** wird Art. 23 und Abs. 2 wird wie folgt geändert: folgt geändert:

a) Nach Nr. 1 werden die folgenden Nrn. 2 und 3 eingefügt:

„2. Art. 15 am 16. Mai 2026,

3. Art. 20a am ***...[einzusetzen: Datum des abweichenden Inkrafttretens, geplant 1. Juli 2026]***,".

b) Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 4 und wie folgt gefasst:

„4. die Art. 13, 16, 18 und 20 am 1. Januar 2027 sowie“.

c) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 5.

14. In **Anlage 2 zum bisherigen Art. 20 (DBestHG 2026/2027)** wird vor der Überschrift die Angabe „(zu Art. 20)“ durch die Angabe „(zu Art. 22)“ ersetzt.

Berichterstatter zu 1: **Maximilian Böltl**
Berichterstatterin zu 2-7: **Claudia Köhler**
Berichterstatter zu 8-9, 12: **Volkmar Halbleib**
Berichterstatter zu 10: **Stefan Frühbeißer**
Berichterstatter zu 11: **Andreas Jurca**
Mitberichterstatterin zu 1, 10: **Claudia Köhler**
Mitberichterstatter zu 2-9, 11-12: **Maximilian Böltl**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.

   Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/10965, Drs. 19/10966, Drs. 19/10967, Drs. 19/10968, Drs. 19/10969, Drs. 19/10970, Drs. 19/10971, Drs. 19/10972, Drs. 19/10973, Drs. 19/10974 und Drs. 19/11218 in seiner 96. Sitzung am 26. März 2026 beraten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/10973 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.
   Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

   Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/10965, 19/10966, 19/10967, 19/10968, 19/10970, 19/10971, 19/10972 und 19/11218 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/10969 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/10974 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

2. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/10965, Drs. 19/10966, Drs. 19/10967, Drs. 19/10968, Drs. 19/10969, Drs. 19/10970, Drs. 19/10971, Drs. 19/10972, Drs. 19/10973, Drs. 19/10974 und Drs. 19/11218 in seiner 41. Sitzung am 16. April 2026 endberaten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass

   1. im Einleitungssatz von Art. 9 die Angabe „das zuletzt durch § 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 724) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 21 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist“ ersetzt wird,
   2. im Einleitungssatz von Art. 11 die Angabe „das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 28. April 2025 (GVBl. S. 107) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 61 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist“ ersetzt wird,
   3. im Einleitungssatz von Art. 15 die Angabe „das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 657) geändert worden ist“ durch die Angabe „das zuletzt durch § 26 des Gesetzes vom 26. März 2026 (GVBl. S. 75) geändert worden ist“ ersetzt wird

      und

   4. in den Platzhalter von Art. 23 Abs. 2 Nr. 3 das Datum „1. Juli 2026“ eingesetzt wird.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/10973 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Enthaltung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Zustimmung empfohlen.
   Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/10965, 19/10966, 19/10967, 19/10968, 19/10970, 19/10971, 19/10972 und 19/11218 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/10969 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/10974 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.04.2026 **Drucksache** 19/**11693**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend aufgeführten Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2026/2027 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Aufhebung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10965, 19/11568
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Zuschläge zur Mehrarbeitsvergütung im Polizeidienst
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10966, 19/11568
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: kein pauschaler Stelleneinzug
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10967, 19/11568
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10968, 19/11568
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Landespflegegeld
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10969, 19/11568
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10970, 19/11568

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10971, 19/11568
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Keine Sperre frei werdender Stellen ab 2026
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10972, 19/11568
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
   (Drs. 19/9020)
   Drs. 19/10974, 19/11568
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
    hier: Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027
    (Drs. 19/9020)
    Drs. 19/11218, 19/11568

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Josef Zellmeier
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Andreas Jurca
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Claudia Köhler
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Patrick Grossmann
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Johann Müller
Abg. Andreas Hanna-Krahl
Abg. Stefan Frühbeißer
Abg. Tim Pargent
Abg. Maximilian Böltl
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Martin Böhm

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe jetzt die **Tagesordnungspunkte 17 bis 19** zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026) (Drs. 19/9019)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10962 und 19/10963)
Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 19/10964)

und

Haushaltsplan 2026/2027
Einzelplan 13
Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10939 mit 19/10953)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10954 mit 19/10958 und 19/11217)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10959 mit 19/10961)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 - HG 2026/2027) (Drs. 19/9020)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10965 mit 19/10970)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10971, 19/10972 und 19/11218)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drs. 19/10973)
Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 19/10974)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 111 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 34 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 21 Minuten, auf die AfD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten sowie auf die SPD-Fraktion 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu insgesamt fünf Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Hierbei handelt es sich um die vier Änderungsanträge zum Einzelplan 13, konkret um die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/10949, 19/10952 und 19/10953 sowie um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11217. Außerdem hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027 auf Drucksache 19/10968 ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion. – Bitte, Herr Kollege Zellmeier, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt den Einzelplan 13, FAG und

Haushaltsgesetz beraten, ziehen wir heute die Schlussbilanz aus drei Tagen Haushaltsplenum und drei Wochen Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss.

Natürlich möchte ich, wie jedes Jahr, meine Worte mit einem Dank an alle beginnen, die mitgewirkt haben, diesen Zukunftshaushalt aufzustellen. An erster Stelle sind das natürlich unser Staatsminister Albert Füracker, unser Staatssekretär Martin Schöffel, alle Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, zuvorderst unser Ministerpräsident Markus Söder, und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem des Finanzministeriums, aber auch aller Ministerien, die an der Erstellung dieses Doppelhaushaltes beteiligt waren.

Uns allen ist wichtig, dass wir sorgfältig mit Steuergeldern umgehen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür bürgt diese Regierungskoalition, dafür bürgt die CSU, dass wir sorgfältig mit Geld umgehen. Das zeigt sich auch daran, dass wir wiederum beste Bewertungen durch die Ratingagenturen haben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Spitzenratings durch Standard & Poor‘s und durch Moody‘s. Experten, die nicht aus Bayern kommen, würdigen unsere wirtschaftliche Kraft, die exzellente Haushaltsführung und vor allem, dass wir ohne neue Schulden auskommen und überhaupt eine geringe Verschuldung, eine geringe Zinslast haben.

Daran haben viele mitgewirkt, aber an vorderster Stelle natürlich die Regierungsfraktionen aus CSU und FREIEN WÄHLERN. Ich darf an der Stelle erst einmal allen Mitgliedern der Regierungsfraktionen Danke sagen, die im Haushaltsausschuss tätig sind, an erster Stelle natürlich meinem Stellvertreter Bernhard Pohl. – Lieber Bernhard, vielen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit, die immer konstruktive Art und Weise, wie wir den Haushalt beraten. Aber ich danke auch allen im Ausschuss. Die Ausschussberatungen sind, auch wenn sie manchmal kontrovers und intensiv sind, doch immer auch konstruktiv. Dafür allen ein Dankeschön!

Ein Blick in die Statistik, liebe Kolleginnen und Kollegen: 42 Stunden Beratungszeit, knapp 800 Änderungsanträge. Die Zahl der Anträge ist vergleichbar mit der in den Vorjahren. Aber die Beratungszeit hat sich noch mal um zwei Stunden erhöht.

Allen Mitgliedern der Staatsregierung ein Dankeschön, die bei den Beratungen anwesend waren, den Amtschefs, den Abteilungs- und Referatsleitern. Stellvertretend darf ich Herrn Kazmaier nennen, der als Abteilungsleiter Haushalt im zuständigen Ministerium der Finanzen und für Heimat natürlich unser wichtigster Ansprechpartner ist.

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros: der Büroleiterin Frau Wichtermann-Robl, dem stellvertretenden Büroleiter Herrn Hechenblaikner, Frau Bergbauer-Schlenzger und Herrn Treitner.

Ich danke den Mitarbeitern der Fraktionen – stellvertretend Frau Fürst für unsere Fraktion –, die wie alle exzellente Arbeit leisten und damit die Sitzungen hervorragend vorbereiten.

Des Weiteren danke ich natürlich dem Stenografischen Dienst und den Offizianten.

Am wichtigsten ist mir der Dank an die bayerischen Steuerzahler; denn sie sind es, die uns diese Mittel zur Verfügung stellen. Fleißige Arbeitnehmer, innovative Unternehmer, bodenständige Landwirte sind der Kraftquell unseres Haushalts. Wir sind allen dankbar, die jeden Tag fleißig arbeiten und dafür sorgen, dass wir die Mittel haben, die wir sinnvoll für Bayern und für die Zukunft einsetzen, und mit denen wir einen kraftvollen Haushalt gestalten können.

Sie alle wissen, dass der finanzielle Rahmen schwierig war. Das wird sogar von der Opposition betont. Des Weiteren wissen wir alle, wie die Wirtschafts- und Finanzlage ist, und obwohl Bayern auch in schwierigen Zeiten ein fester Anker ist, können wir uns von dieser Entwicklung nicht ausnehmen.

Natürlich merken wir in Bayern bei bestimmten Dingen die internationalen Probleme, die vorhanden sind. Deutschland verliert zum Beispiel kontinuierlich bei der Wettbe-

werbsfähigkeit. 2014, also vor gut zehn Jahren, belegte Deutschland Platz sechs und steht jetzt auf Platz 24. Das wirkt sich finanziell bei den Steuereinnahmen, bei den Erfolgen der Unternehmen aus.

Das Wirtschaftswachstum insgesamt ist gering. Die Prognosen für heuer lagen bei 1 %. Das wäre immerhin ein leichtes Wachstum gewesen. Jetzt hat sich das auf nur noch 0,5 % halbiert. Sie alle wissen, warum. Zuletzt waren es der Krieg im Iran und die Sperrung der Straße von Hormus mit all den Auswirkungen – Inflation, Energiepreissteigerungen etc. –, die das hat.

Auf der Bundesebene wird dem entgegengesteuert. Das Sondervermögen, das in den letzten beiden Tagen oft zitiert wurde, schafft auch für uns in Bayern zusätzliche Möglichkeiten. Wir setzen es genau dort ein, wofür es gedacht ist, nämlich um Investitionen zu verstärken, um die Wirtschaft anzukurbeln, um die Infrastruktur modern zu gestalten und um Probleme zu beheben.

Wir haben damit insgesamt das Richtige getan, und ich möchte an dieser Stelle auch unserem Ministerpräsidenten Markus Söder Danke sagen. Er war es, der diese 100 Milliarden Euro für die Länder durchgesetzt hat. Das darf man an dieser Stelle einmal betonen. Das hätte es ohne Markus Söder nicht gegeben. 15,7 Milliarden Euro von diesen Mitteln fließen nach Bayern. Das ist für uns natürlich eine große Hilfe. Lieber Ministerpräsident, dafür ein großes Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aktuell setzen wir 7 Milliarden Euro davon ein. Manche von der Opposition sagen, dass das bei einer Verteilung auf zwölf Jahre mehr als eine Zwölfjahresrate sei. Das ist richtig, denn eigentlich sind es drei Jahresraten. 2025, 2026 und 2027 sind die ersten drei Jahre der Laufzeit. Es ist aber mehr. Das ist richtig.

Es ist aber auch notwendig, dass wir die Mittel jetzt einsetzen, weil das die Wirtschaft braucht und wir jetzt Verbesserungen der Infrastruktur brauchen. Deshalb, lieber Al-

bert Füracker, danke, dass wir diese Mittel konzentriert einsetzen und 5 Milliarden Euro davon konzentriert den Kommunen zur Verfügung stellen. Da ist jetzt sogar das Jammern der Opposition etwas verstummt.

Ich glaube, es hat alle überrascht, dass wir beim kommunalen Finanzausgleich deutlich zugelegt haben

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und dann auch noch das Sondervermögen so stark auf die Kommunen konzentriert haben. 5 Milliarden Euro haben wahrscheinlich die meisten nicht erwartet.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das war aber richtig. Die Kommunen sind ein zentraler Teil des Erfolgs des Freistaats Bayern, und dort müssen wir helfen. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das war die Rüge an die FREIEN WÄHLER!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein fester Anker in unsicheren Zeiten; ich habe das zu Beginn schon gesagt. Umso wichtiger ist es, dass wir darauf hinweisen, warum das so ist. Die Regierungskoalition, die CSU schon länger, hat immer auf solide Finanzen geachtet. Eine jahrzehntelange umsichtige Haushaltspolitik ist das Markenzeichen der CSU. Deshalb legen wir so großen Wert darauf, dass wir auch in dieser schwierigen Zeit den Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie fragen: Warum macht Bayern denn keine Schulden, Berlin macht sie doch auch für das Sondervermögen? – Dazu kann ich sagen: Ja, wir waren dafür. Das war – zugegeben – eine schwierige Entscheidung. Die FREIEN WÄHLER haben auch mitgezogen, aber dafür etwas länger gebraucht.

Es ist aber keine solide Politik, wenn man sagt: Wenn die in Berlin Schulden machen, was uns zugutekommt, dann machen wir in Bayern auch noch welche, weil es dann noch besser wird. Das ist der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nutzen die Spielräume, aber wir überziehen nicht. Sie alle wissen um die hohe Belastung durch den Länderfinanzausgleich, und es wurde schon mehrfach erwähnt: 11,7 Milliarden Euro von rund 20 Milliarden Euro. Da kam immer wieder dieser Erbschaftsteuerfall zur Sprache, der einen hohen Betrag – den genauen Betrag wissen wir nicht – in die Staatskasse gespült hat.

Wenn man sieht, wie viel davon in den Länderfinanzausgleich abfließt, stellt man sich schon die Frage: Wenn wir in Bayern fleißig sind, wenn wir mehr erwirtschaften, wenn wir das Geld richtig und damit in die Zukunft investieren, damit wir auch künftig stark sind, ist es dann richtig, dass wir ständig mehr in den Länderfinanzausgleich einbezahlen, während sich andere Bundesländer nicht genügend anstrengen, um aus dieser Situation herauszukommen, in der sie sich seit Jahrzehnten befinden?

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Daran muss sich etwas ändern; denn das ist Geld, das wir gerne in Bayern einsetzen würden, aber das uns fehlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir noch zu ein paar Punkten, wo wir das Sondervermögen sinnvoll einsetzen. Ich habe die 5 Milliarden Euro für die Kommunen bereits genannt – investive Mittel für die Kommunen.

Wir setzen aber auch 2 Milliarden Euro auf staatlicher Seite ein. Beispiele dafür sind das Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrum der Polizei, die Privatschulförderung

bzw. die privaten Schulen für Menschen mit Behinderungen und der Breitbandausbau, der auch wieder den Kommunen zugutekommt. Ein weiteres Beispiel ist das Sonderprogramm für den kommunalen Wohnungsbau mit 1 Milliarde Euro.

Ich glaube, das alles sind Dinge, bei denen das Geld bestens angelegt ist. Genauso ist es beim Hochwasserschutz – 195 Millionen Euro –, beim Staatsstraßenbau – 100 Millionen Euro –, bei den Großgeräten der Uniklinika und beim staatlichen Hochbau, vor allem im Wissenschaftsbereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen ein starkes Zeichen für Stabilität und für Sicherheit. Außerdem bewahren wir eine niedrige Zinsquote. Das ist mir deshalb wichtig, weil eine niedrige Zinsquote auch in Zukunft eine hohe Fähigkeit zu investieren bedeutet. 0,9 % des Staatshaushalts sind Zinszahlungen. Im Bund sind es 7,9 %.

Rechnen wir jetzt einmal aus, wie viel das beim Bund in einem normalen Jahr ohne Sondervermögen ausmacht. Ich glaube, der Bundeshaushalt war zuletzt rund 450 Milliarden Euro. Davon 7,9 % sind zwischen 30 und 40 Milliarden Euro. Der Bund gibt also die Hälfte des bayerischen Staatshaushalts nur für Zinsen aus.

Diese Entwicklung dürfen wir nicht nehmen. Darum ist es uns so wichtig, die Zinsquote niedrig zu halten. Jeder Euro, der in Zinsen fließt, fehlt uns für Investitionen in die Zukunft.

Ziehen wir noch einen Vergleich mit einem starken Nachbarland, das auch viel in den Länderfinanzausgleich einbezahlt. In Baden-Württemberg ist die Pro-Kopf-Verschuldung doppelt so hoch wie in Bayern. In NRW, einem Land, das früher einmal ein starker Zahler war, aber nun schon lange ein Empfängerland ist, ist die Pro-Kopf-Verschuldung viermal so hoch.

Das zeigt also auch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen solide weiterarbeiten. Das Verpulvern von Geld, mehr Stellen, mehr Ausgaben für alles, was schön und

gut ist – und ich bezweifle nicht, dass es viele gute und schöne Dinge sind, für die Sie Anträge gestellt haben –, müssen wir uns halt auch leisten können.

Wir haben auch im eigenen Bereich gespart, und das ist ein schwieriges Kapitel. Der Kollege Grob hat es vorher schon ausgeführt. Bei den Beamten die Erhöhung des Tarifs um sechs Monate zu verschieben, ist nichts, was wir gerne tun. Nein, das tun wir nicht gerne. Wir schätzen unsere Beamtinnen und Beamten, und wir wissen, was sie für uns leisten.

Bei diesem hohen Personalkostenanteil von knapp 40 % im Staatshaushalt führt aber kein Weg daran vorbei, dass wir im Hinblick auf solide Finanzen auch in diesem Bereich maßvoll vorgehen, indem wir die Erhöhung um sechs Monate verschieben. Sie kommt dann ja, und ich möchte betonen, dass wir dadurch die Wertschätzung nicht geringhalten. Eine gute Beamtenschaft ist für uns wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Beamtenschaft – ich war selbst einmal Beamter –, es sei einmal ganz klar gesagt: Bayern und die CSU stehen zum Beamtentum, zum Berufsbeamtentum. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind auch so ehrlich und sagen: Natürlich müssen wir manchmal auch dort, wenn es nicht anders geht, in kleinen Teilen Einsparungen vornehmen. Aber im Wesentlichen können Sie bei uns sicher sein, dass die Dinge, die vor allem von der linken Seite kommen, bei uns nicht greifen werden; denn wir haben zum Berufsbeamtentum ein wirklich enges Verhältnis und wissen, dass es der Stabilitätsfaktor hier in Bayern ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist auch eine nicht unwesentliche Entnahme aus der Rücklage vorgesehen: insgesamt 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2027. Deshalb ist auch wichtig, beim Vollzug sorgfältig zu sein, weshalb es die Haushaltssperren im Bereich der freiwilligen Leistungen und

die globalen Minderausgaben gibt. Damit wird gesteuert und garantiert, dass wir nach Abschluss dieses Doppelhaushalts wieder Mittel zur Verfügung haben, die wir in die Rücklage geben können; denn die Zeiten werden nicht einfacher, und wir brauchen auch für die nächsten Haushalte eine Rücklage.

Lieber Albert Füracker, lieber Martin Schöffel und liebe Damen und Herren des Finanzministeriums, deshalb möchte ich für diesen konsequenten Vollzug danken, der uns immer wieder die Rücklage füllt. Ich bin mir sicher: Wenn es andere gemacht hätten, wäre die Rücklage schon lange weg. Deshalb danke ich für diese Stabilität, die sich auch in der Rücklage abbildet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt stellen wir in den nächsten beiden Jahren 168,5 Milliarden Euro für die Zukunft Bayerns bereit. Ein großer Teil davon, rund ein Drittel, fließt in Bildung und Forschung.

Der kommunale Finanzausgleich wurde bereits genannt: Wenn man das Geld zusammenzählt, das an die Kommunen geht, ergibt sich ebenfalls eine Quote von fast einem Drittel, hohe Schlüsselzuweisungen. Die Krankenhausinvestitionen mit 100 Millionen Euro wurden erhöht. Damit ergibt sich eine Rekordinvestitionsquote von über 17 %.

Wir investieren viel in die innere Sicherheit und in unsere Polizei. In Bayern herrscht die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Das ist auch ein Markenzeichen Bayerns und der CSU. Im Innenressort haben wir viele Mittel verankert, und gleichzeitig verzeichnen wir sinkende Kosten bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Auch das ist ein Erfolg der CSU mit Alexander Dobrindt in Berlin. Das sei an dieser Stelle einmal erwähnt. Ich danke auch unseren Kolleginnen und Kollegen in Europa und ausdrücklich Manfred Weber dafür, dass die europäische Asylpolitik nun das tut, was notwendig ist, nämlich, die Zuwanderung massiv zu begrenzen. Das ist für uns alle der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie nun bitten, diesem Haushalt, diesem zukunftsweisenden Weg zuzustimmen, auch unter Einschluss der vielen Fraktionsinitiativen, durch die so viele sinnvolle Dinge finanziert werden. Die Fraktionsinitiativen werden immer gerne kritisiert. Ich will das nicht näher ausführen, andere haben dazu bereits Stellung bezogen. Aber seien Sie versichert: Das Geld ist an jeder Stelle sinnvoll eingesetzt. Deshalb werden wir auch in Zukunft einen sinnvollen Einsatz der Mittel für die Zukunft Bayerns, einen soliden Haushalt als einen starken Anker in unsicheren Zeiten gewährleisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Andreas Jurca für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Vizepräsident, wertes Präsidium, werte Kollegen! Wir haben in den vergangenen zwei Tagen hier im Plenum sehr oft gehört, warum dieser Haushalt angeblich so solide sei. Wir haben oft genug gehört, dass Bayern formal ohne neue Schulden auskomme. Wir haben oft genug gehört, welche Rolle dabei Bundesmittel und Sondertöpfe spielen. Das ist gesagt, das ist bekannt und das muss ich heute nicht zum zehnten Mal im Detail wiederholen. Viel interessanter ist doch eine andere Frage: Was wollen die anderen Fraktionen eigentlich politisch mit diesem Land machen?

Schauen wir zuerst auf die SPD. Die Linie der SPD ist so schlicht wie gefährlich: Wenn es ein Problem gibt, fordert man neue Schulden. Für 2026 will die SPD eine Nettokreditaufnahme von fast 1,2 Milliarden Euro, für 2027 sogar 1,85 Milliarden Euro. Zusätzlich soll auch noch auf die Schuldentilgung verzichtet werden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja!)

Das ist der rote Weg: mehr Kredit, mehr Belastung für künftige Generationen und mehr Staat auf Pump. Die SPD nennt das Zukunftspolitik. Ich nenne das: Heute verteilen und morgen die Kinder bezahlen lassen.

Noch bezeichnender ist aber der Kurs der GRÜNEN: Die GRÜNEN wollen den Menschen in Bayern nicht einfach nur etwas anderes organisieren, sondern ihnen Schritt für Schritt vorschreiben, wie sie zu leben und wie sie sich zu bewegen haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Quatsch!)

Das sieht man besonders deutlich beim Thema Straße und Auto. Für die GRÜNEN ist das Auto schlicht nicht Verkehrsmittel, sondern ein politisches Reizobjekt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein! – Claudia Köhler (GRÜNE): Es liegt kein Antrag dazu vor! Das ist die falsche Rede! Wir befinden uns in der Haushaltsdebatte!)

Der eigene Wagen, mit dem man zur Arbeit fährt, die Kinder bringt, die Eltern besucht, zum Arzt kommt oder auf dem Land überhaupt erst beweglich ist, ist für Millionen von Menschen normale Freiheit im Alltag. Für die GRÜNEN ist genau diese Freiheit aber verdächtig. Deshalb sparen sie beim Straßenbau. Deshalb streichen sie bei Straßenprojekten.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist doch gar nicht wahr! Das war das Landratsamt!)

Deshalb attackieren Sie den Frankenschnellweg und entziehen genau dort Mittel, wo es um funktionierende Verkehrswege für den Individualverkehr geht. Sie wollen den Bürgern das Auto nicht in einem Satz verbieten, aber ihnen das Autofahren immer schwerer machen: weniger Straße, weniger Ausbau und weniger Akzeptanz für das Auto als normales Verkehrsmittel.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir wollen doch nicht weniger Straßen! Was ist das für ein Unsinn! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja!)

– Ich weiß, das regt Sie jetzt auf, aber das sind nun einmal die Fakten.

(Zuruf der Abgeordneten Toni Schuberl und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Nicht die innerstädtischen Wähler der GRÜNEN mit der Straßenbahn vor der eigenen Tür trifft das. Es trifft den Handwerker, die Pendlerin, die Familie im ländlichen Raum, die Pflegekraft im Schichtdienst und denjenigen, der nicht in einer Ideologie lebt, sondern in der Wirklichkeit.

Jetzt kommt der eigentliche Punkt: Die GRÜNEN finanzieren ihre Wunschliste nicht etwa durch saubere Prioritätensetzung und ehrliche Schwerpunktsetzung, sondern durch den Griff in die Rücklage. Das sieht man auch an den Anträgen der GRÜNEN zur Finanzverwaltung. Für 2026 soll die Entnahme aus der Rücklage um 325 Millionen Euro steigen, für 2027 sogar um mehr als 700 Millionen Euro. Mit anderen Worten: Die GRÜNEN wollen überall mehr Geld ausgeben. Wenn die Frage gestellt wird, woher das ganze Geld kommen soll, lautet die Antwort: aus der Rücklage. – Das ist keine Nachhaltigkeit, sondern der politische Griff in die eiserne Reserve. Sie halten erst moralische Vorträge, kürzen dann beim Straßenbau und plündern gleichzeitig die Rücklage, um den eigenen Antrag zu finanzieren. Das ist typisch Grün.

Und die Regierungskoalition? – Die CSU spricht immer von Stabilität. Die FREIEN WÄHLER geben sich wie immer als Anwälte des ländlichen Raums. Nur merkt man davon erstaunlich wenig, wenn es um echte politische Ehrlichkeit geht; denn die Koalition lebt vor allem von einer sorgfältig gepflegten Erzählung: Alles ist solide, wir haben alles im Griff, wir handeln überall verantwortungsvoll. – Aber ein Haushalt wird nicht dadurch überzeugend, dass man ihn dauernd lobt. Ein Haushalt ist dann überzeugend, wenn er sich auf die Kernaufgaben konzentriert, Prioritäten setzt und den Bürgern nicht ständig etwas vormacht.

Die AfD-Fraktion legt einen anderen Maßstab an. Wir reden nicht nur über Solidität, sondern legen einen eigenen Antrag vor. Mit unserem Antrag fordern wir eine zusätzliche Schuldentilgung von 2 Milliarden Euro im Jahr 2026 und von 1,5 Milliarden Euro

im Jahr 2027, um zukünftige Generationen zu entlasten. Wir sagen ausdrücklich dazu, wie das gegenfinanziert werden soll: durch die von uns beantragten Einsparungen über die Einzelpläne hinweg. Das ist der Unterschied. Die SPD will neue Schulden, die GRÜNEN wollen Rücklagen anzapfen und den Bürger vom Auto wegdrängen. Die Regierungskoalition will vor allem, dass der schöne Schein dieses Haushalts erhalten bleibt, und scheut echte Ausgabenkritik. Wir sagen: Erst streichen, was nicht notwendig ist, dann Prioritäten setzen und dann ordentlich wirtschaften!

Werter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren, nach diesen drei Plenartagen bleibt für mich vor allem eine Erkenntnis: Die SPD steht für den schnellen Griff zum Kredit. Die GRÜNEN stehen für Bevormundung in der Mobilität und Finanzierung aus der Rücklage. Die CSU und die FREIEN WÄHLER stehen vor allem für das Bemühen, diesen Haushalt möglichst glänzend zu verpacken.

Wir machen da nicht mit. Wir verteidigen die Freiheit der Bürger, selbst entscheiden zu können, wie sie unterwegs sein wollen. Wir verteidigen einen Haushalt, der nicht von Ideologie, Rücklagen und neuen Schulden lebt, sondern von Vernunft. Wir brauchen keine neuen Schulden, nicht weniger Mobilität, nicht mehr Bevormundung, sondern eine Politik, die dem bayerischen Bürger dient.

Herr Zellmeier, lassen Sie mich am Ende noch einen kleinen Kritikpunkt äußern. Sie hatten die Ratingagenturen erwähnt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Machen Sie es doch einmal konkret! Welche Anträge gab es von Ihnen? Nur Blabla! – Zurufe von der AfD)

– Darf ich noch einmal anfangen? – Sie hatten die Ratingagenturen erwähnt. Es ging darum, dass Bayern international eine sehr hohe Kreditwürdigkeit zugesprochen wird. Das stimmt. Das wurde Bayern auch in der damaligen Finanzkrise attestiert, als es um die ganzen faulen Immobilienfonds ging. Sie müssten sich noch gut daran erinnern können, die jüngere Generation nicht mehr. Was hat es uns eingebracht? – Eine Wirtschaftskrise, die jahrelang anhielt. Verweisen Sie also nicht auf die Ratingagentu-

ren, sondern auf eine solide deutsche Finanzpolitik. Dahin sollten wir auch wieder zurückfinden.

Herr Zellmeier, ich möchte Ihnen aber auch für Ihre souveräne Führung als Vorsitzender in der Haushaltsdebatte danken. Ich möchte auch allen Mitarbeitern und Kollegen im Haushaltsausschuss danken. Es war manchmal zermürbend und ermüdend. Wir haben uns auch gestritten. Aber ich möchte allen danken, die mitgearbeitet haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wofür stehen Sie? Machen Sie es einmal konkret! Was haben Sie eingebracht? Nur Blabla!)

– Wofür wir stehen? – Wir stehen für den steuerzahlenden Bürger.Wir stehen für den Mann, der jeden Tag aufsteht und sich für seine Familie den Arsch abschuftet, der immer teurere Preise und Spritpreise und immer mehr Abgaben zu zahlen hat.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Für den stehen wir. Wir stehen für den Mann und die Frau, der und die hier alles am Laufen hält. Das tun wir.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Das Wort hat der Redner hier vorne.

Andreas Jurca (AfD): So, und jetzt möchte ich noch eine menschliche Anmerkung anbringen. Ich glaube, dass jeder von Ihnen schon einmal krankheitsbedingt ausgefallen ist. Gerade wenn einer wie Andreas Winhart ausfällt, der ein Zug- und Arbeitstier ist, der für die Bürger durch ganz Bayern reist, wenn es sein muss, der sehr viele Reden hält, und ein Hans Müller einspringt, die Rede aber nicht auswendig und flüssig vorträgt, dass der so runtergemacht wird – – Sie können gerne Inhalte kritisieren, aber seien Sie doch auch einmal menschlich. Uns werfen Sie immer fehlende Menschlichkeit vor. Das war Herr Lausch. Das war absolut unehrenhaft. So etwas tut man nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Den Rest macht Hans Müller danach.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden in wenigen Minuten einen Premiumhaushalt verabschieden, einen Haushalt, der in Deutschland seinesgleichen sucht, einen Doppelhaushalt ohne Neuverschuldung. Dafür geht mein herzlicher Dank an den Finanzminister Albert Füracker mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an das bayerische Kabinett – Markus Söder, Hubert Aiwanger, alle Ministerinnen und Minister –, an den Haushaltsausschuss, in allererster Linie an den Vorsitzenden Josef Zellmeier, der wie gewohnt souverän, ruhig, aber auch menschlich anständig – dies zu Ihrer letzten Bemerkung, Herr Kollege Jurca – zu allen Mitgliedern des Ausschusses die Beratungen geleitet hat und Garant dafür ist, dass wir drei Wochen lang konkret, sach- und problembezogen mit unterschiedlichen Akzentuierungen beraten und jetzt diesen Haushalt zustande gebracht haben. Herzlichen Dank Ihnen allen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf ein Wort an die Opposition richten. Ich kann verstehen, dass es unbefriedigend ist, wenn die Anträge der Opposition durchweg abgelehnt werden. Das ist im Bund ein wenig anders, aber wir haben hier eine andere Art der Herangehensweise. Wir, die Staatsregierung und die Regierungsfraktionen, erarbeiten den Haushaltsentwurf gemeinsam. Dann wird dieser Haushalt mit sehr wenigen Änderungen im Ausschuss beraten und am Ende beschlossen. Aber die Anträge, die Sie stellen, zumindest die Anträge, die gut sind, sind natürlich auch Diskussionsgrundlage für die Zukunft. Jetzt werden Sie fragen, woran sich bemisst, ob ein Antrag gut ist. Natürlich haben wir unterschiedliche Herangehensweisen und Schwerpunkte. Das ist klar. Aber

vieles von dem, was kommt, ist die Grundlage für weitere Diskussionen. Daher danke ich auch Ihnen für die vielen Änderungsanträge, die wir in den Wochen beraten durften.

Ein Wort noch, wenn auch in aller Kürze, zum Thema Fraktionsinitiativen. Es handelt sich nicht um eine Fraktionsreserve. Sie haben es immer noch nicht kapiert. Fraktionsinitiativen sind Änderungsanträge der Regierungsfraktionen, denen Sie in den allermeisten Fällen zu Recht zustimmen, die sinnvoll und richtig sind, die den Flächenstaat Bayern in der Fläche abbilden und nicht nur sehr einseitig Metropolen bevorzugen, wie das gelegentlich der Fall sein kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben mit diesem Haushalt eine sehr gute Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft des Freistaats gelegt. Unsere Schwerpunkte kennen Sie: Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft. Das ist die Grundlage für unseren Wohlstand, aber auch, Frau Staatsministerin Anna Stolz, die Grundlage dafür, dass wir in Zukunft funktionierende Gesellschaften haben; denn Bildung ist nicht nur die Voraussetzung für die Berufsausbildung, sondern auch die Voraussetzung dafür, dass sich Menschen sozial gut miteinander verhalten und eine stabile Gesellschaft bilden. Das ist beileibe nicht überall so, auch nicht überall in Deutschland. Der Zusammenhalt im Freistaat Bayern ist besser als in vielen Teilen dieser Republik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir müssen aber – hier schaue ich nach Berlin – bei einigen Stellschrauben umdenken. Wir müssen in der Steuer- und Sozialpolitik des Bundes eine Menge reformieren. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Alle sprechen davon, die Menschen müssten mehr arbeiten. Wir haben keine Arbeitspflicht im Grundgesetz, also müssen wir die Anreize dafür schaffen. Anreize schaffen wir nicht durch eine Abschaffung des Ehegattensplittings und damit der Proklamation einer Steuererhöhung. Das ist nämlich nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie wollen Sie denn ein Ehepaar dazu bringen, dass insgesamt mehr gearbeitet wird, wenn Sie den Steuervorteil streichen? Haben die Ehepartner insgesamt ein höheres Einkommen, steigt die Steuerbelastung überproportional noch mehr. Das sind die falschen Signale. Sie sollten im Bereich der Ausgaben genauer hinsehen und müssen im Bereich des Bürgergelds Fehlanreize korrigieren. Ja, ich weiß, damit kannst du keinen Haushalt gewinnen, aber die Frage ist, ob man die Leistungsträger belohnt, indem die Bürgergeldempfänger, also diejenigen, die nicht leisten, sondern empfangen, weniger Geld erhalten, um einen höheren Anreiz zu haben, mehr zu leisten.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das hat doch mit dem bayerischen Haushalt nichts zu tun!)

Des Weiteren müssen Sie auch das Thema Rente in den Griff bekommen. Von den 120 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt ist fast ein Viertel Zuzahlung an die Rentenversicherung. Das geht auf Dauer nicht gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Hier geht es um den bayerischen Haushalt!)

– Ja, und der bayerische Haushalt, Frau Kollegin, ist auch maßgeblich davon abhängig, wie viele Gesamtsteuereinnahmen in Deutschland erwirtschaftet werden. Somit geht es auch darum, Leistungsanreize zu setzen.

Letztendlich gilt für den Bund wie für den Freistaat Bayern: Richtige Sozialpolitik ist keine Umverteilungspolitik, also den Leistungsträgern zu nehmen und den Leistungsempfängern zu geben. Sozialpolitik achtet auf die tatsächlich Bedürftigen. Hier, kann ich Ihnen sagen, waren in der Tat einige gute Anregungen dabei, die wir auch in den Blick nehmen werden. Ich nenne den kleinen, aber wichtigen Bereich des Gehörlosengeldes, das nicht nur im Koalitionsvertrag steht, sondern das wir in dieser Legislaturperiode auch noch umsetzen werden, als Beispiel für Sozialpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern sind ein wesentlicher Gesichts- und Kernpunkt der Politik der FREIEN WÄHLER. Damit sind wir in den Landtag gekommen. Wir haben diesen auch mit den anderen Fraktionen in der Bayerischen Verfassung verankert. Gleichwertige Lebensverhältnisse zu haben, bedeutet auch Stärkung der Kommunen. Ich durfte gemeinsam mit Herrn Kollegen Zellmeier der Verhandlungskommission angehören. Wir haben den kommunalen Finanzausgleich im November verhandelt. Die Kommunen waren dankbar dafür, was wir hier gegeben haben. Das ist kein Almosen, wie in den drei Tagen hier einmal gesagt wurde. Nein, das ist eine gelebte Partnerschaft, weil wir die Steuereinnahmen zum Teil treuhänderisch für die Kommunen erhalten. Wir haben die Kommunen erneut entlastet. Beispielsweise haben wir zwei Drittel der Erhöhung des Bedarfs der Bezirke von insgesamt 720 Millionen Euro abgefedert.

Jetzt kommt aber leider die negative Botschaft. Kurz nachdem wir das getan haben, haben die Bezirke schon wieder SOS gefunkt. Woran liegt das? – Es liegt insbesondere an einem Bundesteilhabegesetz, das weit überzieht und vieles verspricht, was wir als Staat so nicht halten können.Eine Evaluierung dieses Bundesteilhabegesetzes war vereinbart. Wir warten immer noch darauf. Hier müssen wir von den Standards runter. Das Gleiche gilt auch für die Jugendhilfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Das mag nicht jedem gefallen, das ist schon klar. Aber, Frau Kollegin Köhler, das Geld, das Sie verteilen wollen, muss irgendwann auch jemand einnehmen. Wenn ich nur höre, die Menschen haben zu viel Geld und zu viel Vermögen, wir könnten die Erbschaftsteuer erhöhen, wir könnten den Spitzensteuersatz erhöhen usw. usf.,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Hier geht es um den bayerischen Haushalt!)

sage ich Ihnen: Gute Politik macht Politik für alle – für die Bedürftigen, für die mittleren Einkommen, aber auch für die Leistungsträger;

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

denn ein Leistungsträger muss sein Geld nicht in Deutschland erwirtschaften.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ein Unternehmer muss seinen Standort nicht in Bayern oder in Deutschland haben. Es gibt auch das Ausland. Ehrlicherweise muss ich sagen: Ich halte nichts davon, wenn irgendjemand mit Arbeitsplätzen erpresst. Aber wenn man natürlich die Schraube immer weiter anzieht, ist das zwangsläufig die Konsequenz. Heutzutage wird auch nicht mehr gedroht, heutzutage wird einfach verlagert. Jeden Monat verlieren wir Arbeitsplätze durch eine fehlgeleitete Politik der Ampel, die endlich jetzt auch im Bund korrigiert werden muss.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Lächerlich! Kommt auch etwas zum Thema heute? Der bayerische Staatshaushalt ist das Thema!)

Zum Thema Kommunen: Wir haben in den Kommunen die Aufgabenträger, die das umsetzen, was wir hier im Parlament beschließen und die Ministerien umsetzen. Das muss vor Ort bei der Bevölkerung ankommen. Deswegen danke ich allen Kommunalpolitikern, aber auch allen, die vor Ort ehrenamtlich Verantwortung tragen. Sie halten die Gesellschaft zusammen.

Deswegen haben wir hier im Freistaat auch ein besonderes Augenmerk nicht nur auf die Kommunalfinanzen, sondern auch auf die Unterstützung des Ehrenamts gelegt. Das läuft in Bayern vorbildlich, und zwar im Sport, in der Kultur, aber auch im Zusammenleben, in der Integration von Neubürgern. Damit meine ich nicht nur diejenigen, die aus dem Ausland kommen. Neubürger ist auch einer, der seinen Wohnort wechselt und Fuß fassen will und muss. Da ist Bayern vorbildlich, dank der Politik der Staatsregierung und der die Staatsregierung tragenden Regierungsfraktionen.

Wir haben erneut einen hervorragenden Haushalt in schwierigen Zeiten vorgelegt. Aber ich sage auch, weil immer gesagt wird: Die schwierigen Zeiten, die schwierigen Zeiten! – Ja, wir haben besonders schwierige Zeiten durch verbrecherische Angriffskriege wie von Russland gegen die Ukraine, durch Kräfte, die die Existenz Israels infrage stellen und vieles mehr. Trotzdem prophezeie ich, dass es in der Zukunft weitere, andere Herausforderungen geben wird. Deswegen können wir nicht darauf hoffen, dass die Situation irgendwann besser wird.

Ich schließe mit den Worten des Kollegen Frühbeißer in der vorherigen Beratung. Er sagte, wir müssen die Zukunft in den Blick nehmen und den künftigen Generationen eine gute Grundlage hinterlassen. Das tun wir. Herzlichen Dank! Dieser Haushalt verdient uneingeschränkte Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Volkmar Halbleib vor.

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Kollege Bernhard Pohl, zum Schluss haben Sie dann doch noch versucht, etwas zum bayerischen Staatshaushalt zu sagen. Sehr erfreulich. Es war knapp.

Ich wollte Sie zu zwei Punkten befragen. Habe ich das wirklich richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, es gibt die unteren und die mittleren und dann kommen die höheren Einkommen, und das sind die Leistungsträger? – Mein Verständnis von Bevölkerung ist, dass die unteren und mittleren Einkommen auch absolute Leistungsträger in ihrem Bereich sein können, Pflegekräfte, der normale Polizeibeamte, der nicht im höheren Dienst ist. Das ist eine völlig schiefe Formulierung. Denken Sie bitte bei künftigen Reden darüber einmal nach. Das war völlig daneben. Erster Punkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Ich verstehe ja, dass die FREIEN WÄHLER einen Phantomschmerz haben, was die Dinge in Berlin anbetrifft, weil sie nicht in den Bundestag gekommen und nicht dabei sind; das ist klar.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das kann der SPD auch noch passieren!)

Dem Teilhabegesetz haben die Länder übrigens zugestimmt. Die Aufgaben werden immer nur vom Bund auf Länder übertragen, mit Zustimmung im Bundesrat. Die Länder verteilen sie dann weiter.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist eine Minute.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich hätte ganz gern einmal von Ihnen einen ganz konkreten Vorschlag zum Teilhabegesetz, den Sie in den Bayerischen Landtag hier einbringen, anstatt zu schwadronieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Tim Pargent (GRÜNE): Richtig!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um!

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Fangen wir mit dem zweiten Punkt an. Es gibt eine Revisionsklausel. Das wissen Sie ganz genau. Bis jetzt ist dieses Gesetz nicht evaluiert worden. Ich habe nicht gesagt, dass das Gesetz grundlegend falsch ist. Aber die Standards müssen gesenkt werden. Es ist schon ein Problem – jetzt nehme ich ein Beispiel aus der Jugendhilfe, nicht Bundesteilhabegesetz –, wenn es Jugendliche gibt, die die Kommune pro Mann 600.000 bis 800.000 Euro kosten. Das möchte ich einmal hier sagen.

Das Zweite: Das haben Sie bewusst oder unbewusst tatsächlich falsch verstanden. Ich habe gesagt, wir müssen Politik machen für die unteren und die mittleren Einkommen, aber auch für die Gutverdiener,

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben "Leistungsträger" gesagt!)

weil die Gutverdiener diejenigen sind, die die meisten Steuereinnahmen generieren. Damit ist keine Qualifizierung zwischen einem guten und einem schlechten Steuerzahler gemeint, sondern damit bringe ich zum Ausdruck, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Sie haben eine Minute gehabt, die jetzt vorbei ist.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): – dass Sie nicht ein Reichen-Bashing auf Kosten des Staatshaushalts betreiben dürfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat heute früh gesagt, Haushaltsdebatte ist immer das Gleiche. – Das sollte es aber nicht sein; denn zum einen werden auch in Bayern die Probleme immer drängender – öffentlicher Nahverkehr, Tanken, Heizen, Sanierungsstau bei der Infrastruktur, Herausforderungen bei der Bildung, die Lage unserer Kommunen –, zum anderen bieten die Steuereinnahmen und der Anteil des Sondervermögens vom Bund durchaus Handlungsoptionen für eine tragfähige Zukunftspolitik. Aber das findet sich in diesem Haushaltsentwurf nicht, und das bräuchte es so dringend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Haushaltsvolumen steigt von über 79 Milliarden Euro plus die knapp 5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes. Das haben wir jetzt schon ein paarmal gehört. Wir haben auch ein paarmal gehört: viel zu schuldenfrei. Aber zur Wahrheit gehört: Ohne die Kreditaufnahme des Bundes könnten Sie hier nichts Ausgeglichenes vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Falsch!)

Insgesamt geht es um sehr viel Geld. Aber es wird damit leider viel zu wenig auf den Weg gebracht. Große neue Projekte, neue Vorhaben lassen sich im Haushaltsentwurf nicht finden. Sie wären aber wichtig; denn mit diesem Haushalt und der Nutzung des Anteils am Sondervermögen wird die Zusätzlichkeit des Sondervermögens umgangen.

Sie erinnern sich: Die Idee dieses Sondervermögens, das die Union eigentlich bis zwölf Stunden nach der Bundestagswahl gar nicht wollte, war, in die Infrastruktur in Deutschland zu investieren, um sie wieder fit zu machen. Zusätzliche Investitionen in Infrastruktur, in Klimaschutz, in Verteidigung waren der eigentliche Grund für das Sondervermögen. Aber was ist in diesem Haushalt aus der Idee geworden? – Die Liste der Investitionen lässt durchaus Zweifel aufkommen. Da stehen längst beschlossene Projekte, wie die TU in Nürnberg. Sie hatten doch nicht ernsthaft vor, das zu stoppen, wenn es keine Bundesmittel gegeben hätte?

Bei der Wasserwirtschaft werden die Bundesmittel zu 95 % zweckgebunden für den Hochwasserschutz ausgegeben. Das ist noch nicht schlimm. Aber dafür werden die Mittel für die Wasserrahmenrichtlinie, die eh schon mickrig waren, für ökologische Maßnahmen herausgestrichen.Das ist fatal, weil wir unsere Gewässer sauber bekommen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Staatsstraßen wird aus dem Bundesvermögen etwas genommen und dafür aus dem normalen bayerischen Haushalt gestrichen. So war das nicht gedacht! Das ist ein riesiger Taschenspielertrick, wie er sich übrigens im Bund auch schon abzeichnet. Das ist ganz fatal, die Mittel aus dem Sondervermögen in den Haushalt hineinzuwursteln und eigene Mittel zu streichen.

Die Zusätzlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Staatsminister, steht im Grundgesetz. Ohne die Zusätzlichkeit würden wir nämlich kein neues Vermögen schaffen, nicht für Bayern, nicht für Deutschland, sondern ausschließlich neue Schulden für unsere Kinder. Das wäre fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bleibt der Sanierungsplan für die bayerische Infrastruktur? Was soll erreicht werden? Wo ist der Bedarf am größten? Was ist das Ziel für Straße, Schiene, Hochschulen, öffentliche Gebäude? – Kein Plan.

Wir GRÜNE haben einen Plan vorgelegt für echte, zusätzliche Investitionen aus dem Bundesgeld

(Zuruf von der AfD: Da lache ich ja!)

für die Eisenbahn, für die Schwimmbadsanierungen, für unsere Polizeiinspektionen. Jede dritte Polizeiinspektion in Bayern ist sanierungsbedürftig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer ist für die Eisenbahn zuständig?)

Aber diesen Plan und diese Anträge lehnen CSU und FREIE WÄHLER dann kategorisch ab.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ins Grundgesetz schauen!)

Damit verpasst die Staatsregierung erneut eine Chance für echte Zukunftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben für die 16 Einzelpläne, die Ressorts, insgesamt 129 konkrete Änderungsanträge eingebracht; denn Bayern braucht ehrliche, neue Investitionen in die Infrastruktur, in unsere Kinder, in unsere Umwelt. Und das passt auch gut, weil die zwei Milliarden Euro mehr, die bei uns hängen bleiben werden aus dieser Erbschaftsteuereinnahme, doch den Kindern zugutekommen und nicht für den nächsten Wahlkampf gebunkert werden sollten.

Aber nach der kurzfristigen Rolle rückwärts beim Familiengeld wird jetzt sogar bei den Lehrkräften gespart. Wir halten mit unserem Antrag auf 3.000 Lehrkräfte mehr dagegen. Gestern hat die Ministerin gesagt, stimmt ja gar nicht, es sind nicht 3.000 Lehr-

kräfte zu wenig, es sind bloß 1.000 zu wenig. – Aber auch wenn es nur 1.000 zu wenig wären: Ein Moratorium, einen Stellenstopp in einer solchen Lage auszurufen, wenn auch noch zusätzlich der Ganztagsanspruch greift – wem fällt so etwas bitte ein? Statt den Bildungsbereich zu stärken, verschärft der Ministerpräsident die Versorgungslage an den Schulen, den Druck und die Last für unser Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Schülerprognosen kennen wir seit Jahren. Die Kinder sind bereits auf der Welt. Die hätte man zählen können. Wie viele Schulbarometer und Studien wollen wir noch abwarten, bis diese Staatsregierung die Jugendsozialarbeit an Schulen auf solide finanzielle Beine stellt? Ein Viertel der Kinder ist psychisch belastet, die Tendenz steigend. Da bringen der Ministerpräsident und Sie auch gerade wieder, Kollege Pohl, zusätzliche Einsparungen im Bereich der Jugendhilfe ins Spiel.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, richtig!)

Kinder und Jugendliche brauchen mehr Unterstützung, nicht weniger!

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Noch mehr? Das sagen Sie mal den Kommunen!)

Ein Sanierungsstau an unseren Hochschulen von mindestens 6 Milliarden Euro – undichte Hörsäle, chemiebelastete Gebäude. Aber wenn wir dann einen Antrag stellen auf 25 Millionen Euro für wenigstens besseren Unterhalt, damit der Verfall nicht noch schneller vorwärtsgeht, wird das großspurig abgelehnt.

Wir diskutieren viel über Hass im Netz, über Radikalisierung, Desinformation, problematische Inhalte, mangelnde Kontrolle auf digitalen Plattformen. Das ist eine schwierige Aufgabe, keine Frage. Aber das Mindeste ist doch, dass wir unsere Lehrkräfte darauf vorbereiten und die Kinder schützen. Das muss in der Schule thematisiert werden. Da können Sie heute nicht wieder alle unsere Änderungsanträge dazu ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Doch!)

Leider lehnen die CSU und die FREIEN WÄHLER weiterhin ein gesundes Mittagessen für alle Kinder einfach ab.

(Martin Wagle (CSU): Mittagessen lehnen wir nicht ab!)

Das würde gerade jetzt, wo es in der Krise eng wird, die Familien entlasten und die heimischen Erzeuger stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer soll es zahlen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass in einem so reichen Land wie Bayern Kinder hungrig lernen, Unterricht seit Jahren ständig ausfällt und das Personal weit vor dem Rentenalter nicht mehr kann!

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Kompletter Blödsinn! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sind wir für die Ernährung der Kinder zuständig?)

Damit sind wir bei den Kommunen, die das alles auffangen müssen und die doch schon längst mit dem Rücken zur Wand stehen. Die gute Nachricht für die Kommunen ist: Unsere grüne Forderung, seit zwei Jahren, nach einer Kommunalmilliarde wurde endlich umgesetzt: knapp 850 Millionen Euro für die Kommunen. Dafür noch einmal Danke, dass Sie das endlich aufgenommen haben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das Defizit unserer Kommunen ist strukturell weiterhin nicht gelöst.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: An dieser Stelle mal ganz kurz: Bitte die Gespräche etwas leiser führen oder rausgehen! – Danke.

Claudia Köhler (GRÜNE): Vielen Dank. – Das strukturelle Defizit für unsere Kommunen ist weiterhin nicht gelöst. Die Staatsregierung ist über den Bundesrat mitverantwortlich. Die CSU ist in der Bundesregierung. Da müssen Sie die Weichen anders stellen, damit das auf Dauer trägt, weil genauso wie das Sondervermögen wird es wahrscheinlich auch die zusätzlichen Mittel von einer knappen Milliarde für die Kommunen nicht jedes Jahr geben können. Deswegen braucht es eine strukturelle Entlastung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen jetzt investieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen jetzt investieren, damit der Laden wieder läuft, damit die Bürger und Bürgerinnen und unsere Wirtschaft mit moderner Infrastruktur arbeiten können. Wer da noch länger zuschaut, der verteuert den Alltag, der verschiebt die Rechnung auf die Kommunen und auf die nächsten Generationen und der verspielt Vertrauen in die öffentliche Hand.

Richtig bitter sehen wir das gerade beim Thema Energie und Umweltschutz. Das hat jetzt akut, gerade aktuell, schon direkte Folgen im Leben, im Geldbeutel der Leute. Jeder kann sehen, was mangelnde Vorsorge bedeutet, wie sehr wir abhängig von den Fossilen sind, wie lange die CSU die technologische und wirtschaftliche Entwicklung günstiger, sicherer Freiheitsenergien verschlafen und blockiert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei jeder Krise erneut, immer wieder: nichts geändert. Die Zeche zahlen jetzt die kleinen Leute, die auf das Auto angewiesen sind, bei denen auch im Jahr 2026 noch kein Bus und keine Bahn fährt. Die Schiene haben die Staatsregierung und die CSU im Bund jahrzehntelang dem Verfall überlassen, den ländlichen Raum regelrecht abgehängt. Die Zeche zahlen aber auch die, die ihren Arbeitsplatz verlieren, weil das Potenzial neuer Technologien, zum Beispiel die Fertigung erschwinglicher Elektroautos, leichtfertig China überlassen wurde.

Der Ministerpräsident lenkt dann ab, redet von Kernenergie im kleinen Stil, von Fusion, weckt Erwartungen, die kurz- und mittelfristig gar nicht zu erfüllen sind. Er lenkt davon ab, dass er und die CSU die Chance für Freiheitsenergien verpatzt haben – Stromtrassen verhindert, Windkraft verhindert, PV-Förderung im Bund jetzt auch noch beendet und E-Mobilität verschlafen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Wann ist der Schmarrn vorbei? – Weitere Zurufe)

Wissen Sie, Herr Staatsminister: Sie rufen hier herein, während Sie am Handy spielen und Brotzeit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber aus reiner Ideologie lassen Sie die Leute mehr bezahlen für Fossile unsicherer Herkunft. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Da müssen Sie umsteuern.

Wir GRÜNE wollen Bayern an der Spitze der technologischen Entwicklung sehen. Wir wollen es wieder dort hinbringen und die Spitzenposition doch nicht anderen Kontinenten überlassen! Die Menschen haben das längst kapiert, die Menschen haben das längst begriffen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Deshalb haben Sie die absolute Mehrheit, weil sie das kapiert haben?)

Aber unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Die müssen wissen: Wo soll es hingehen? – Ich bitte Sie wirklich: Steuern Sie wenigstens jetzt nach! Investieren Sie in die Speicher! Investieren Sie in die Ladeinfrastruktur, in die Schiene, in die Geothermie! Unsere Anträge liegen vor. Wir lassen heute namentlich dazu abstimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Martin Wagle (CSU): Das können wir gerne machen! Das wird deswegen aber nicht besser!)

Schützen Sie endlich unsere Lebensgrundlagen! Hitze, Dürren, Sturzfluten, Überschwemmungen – die Klimakrise ist ohne Vorsorge noch viel teurer als eh schon.

(Martin Wagle (CSU): Unerträglich!)

Halten Sie die Menschen nicht länger hin! Unternehmen Sie etwas, und sorgen Sie vor!

Der Clou in diesem Jahr ist, dass der Finanzminister in diesem ach so knappen Haushalt dann eine Fraktionsreserve bzw. eine Fraktionsinitiativen-Sammlung von sage und schreibe 110 Millionen Euro vorgesehen hat. Es gibt viele kleinteilige Einzelprojekte in den Stimmkreisen, und zwar ausschließlich in den Stimmkreisen von CSU- und FREIE-WÄHLER-Abgeordneten, –

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So ein Blödsinn! – Martin Wagle (CSU): Wo wohnen Sie denn? Wohnen Sie in Bayern?)

unter ausdrücklicher Umgehung der eigenen Richtlinien.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Oft sind Doppelförderungen und sogar Förderungen für Vereine, die es noch gar nicht gibt, der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Alle Stimmkreise sind Stimmkreise der CSU und der FREIEN WÄHLER!)

Noch vor Beginn der Haushaltsberatungen überreichen dann Abgeordnete und sogar Staatssekretäre Schecks und missachten so das Parlament, das anscheinend nur noch zur Show tagt. Ja, es war Wahlkampf, liebe Kolleginnen und Kollegen; aber damit erweisen Sie der Demokratie überhaupt keinen Dienst.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In einer Pressemitteilung musste sogar nachgebessert werden, weil in der Zeitung stand, es handele sich um eine Spende der CSU und der FREIEN WÄHLER. So kommt das an. Es geht um Statuen, Kirchenorgeln, einen neuen Opernball für Herrn Söder für eine halbe Million Euro, Leseprogramme, Pausenhöfe, Kirchen, Gärten, Fassaden, Museen, Erwachsenenbildung und Kulturprojekte.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Alles unwichtig für euch!)

Das ist alles schön, findet aber nur punktuell in jeweils einer Gemeinde statt. Wenn überhaupt, dann brauchen das alle Kommunen in Bayern, dann muss das jeder beantragen dürfen. Das wäre gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Machen Sie sich die Mühe, bringen Sie eine Förderung, die alle beantragen können, auf den Weg, anstatt einzelne Geldgeschenke so ungerecht und willkürlich zu verteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ausschuss haben wir höflich und sachlich gesprochen.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, im Ausschuss!)

– Sie waren doch alle gar nicht bei mir im Ausschuss. Worüber lachen Sie denn so? Wir haben höflich gesprochen. Das geht mit Ihren Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das setze ich voraus. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Wir GRÜNE haben den Anträgen, die in der Sache passen, selbstver-

ständlich zugestimmt. Das tun wir immer. Wir haben aber oft von Ihnen gehört: Das ist ein wichtiges Thema, in der Sache gebe ich Ihnen recht. – Ich würde mir wünschen, dass sich CSU und FREIE WÄHLER einmal einen Ruck geben und bei anerkannt dringenden Themen zustimmen oder wenigstens ein Kompromiss zustande kommt.

Liebe Kolleg:innen, die Menschen in Bayern erwarten von uns Lösungen für die Herausforderungen, und zwar bald. Dafür sind wir alle gewählt worden.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber nicht von euch!)

Sie werden weiterhin pauschal alle Anträge ablehnen. Das geht so nicht. Damit verkommen die Haushaltsberatungen zu einer reinen Formalität. Diese Mini-Änderungsvorschläge der Regierungsfraktionen werden alle angenommen, und die Änderungsanträge der Opposition werden alle abgelehnt. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen steht schon fest, bevor der Landtag seine Arbeit überhaupt aufnimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen Sie sich ehrlich. Sie haben sich mit der Ankündigung von Initiativen und den vielen Wahlgeschenken seit dem Jahr 2018 übernommen. Deswegen wird es jetzt in manchen Bereichen brutal. Das zeigen die Schreiben der Wohlfahrtsverbände, der Schulen, der Lehrer und der Beamten. Unis und Studentenwohnheime vergammeln, Jugendherbergen und Schwimmbäder schließen, die Infrastruktur bröckelt.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Drei Milliarden mehr im Bildungsbereich!)

Sehr geehrte Kollegen, machen Sie sich endlich ehrlich, und lenken Sie nicht länger ab. Denken Sie an die Menschen und nicht nur an Ihren Machterhalt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Jetzt wird es peinlich!)

Gehen Sie die echten Themen endlich an – ohne Mogeln und im demokratischen Schulterschluss; denn die Ausgaben von heute entscheiden über unser Bayern von morgen.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Harry Scheuenstuhl. Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

(Allgemeine Heiterkeit)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Frau Ministerin! Schön, dass Sie uns beim Haushalt begleiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kommen gerade zurück und es freut mich, dass Sie mir zuhören wollen. Selbstverständlich gilt: Ehre, wem Ehre gebührt. Beifall gehört dazu, und dafür warte ich gerne.

Ich möchte mich am Anfang natürlich auch sehr herzlich bedanken bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns geholfen haben, bei unserem Fraktionsvorsitzenden Holger Grießhammer, beim Kollegen Volkmar Halbleib – wie sagt man? Ich glaube, Mentor ist das richtige Wort. Volkmar ist mein Mentor – bei unserem Michael Schrodi im Bundesfinanzministerium und bei unserem Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, weil ohne ihn wären viele Haushaltsposten leer und wir sähen heute nur ein leeres Blatt.

Heute spreche ich über die Kommunalfinanzen, deren Situation alarmierend ist. Die kommunalen Haushalte in Deutschland haben im Jahr 2025 laut Bayerischem Landkreistag – jetzt fragt sich vielleicht jemand: Warum nimmt er deutsche und nicht bayerische Zahlen? – ein Defizit von 29,4 Milliarden Euro erreicht. Im Jahr davor waren es 24,8 Milliarden. Das heißt, das Defizit steigt noch einmal um 5 Milliarden Euro. Gleichzeitig wachsen die Ausgaben in zentralen Bereichen rasant weiter. Allein die

Eingliederungshilfe ist um 2,5 Milliarden Euro und die Kinder- und Jugendhilfe um weitere 1,6 Milliarden Euro gestiegen. Diese Entwicklung hält an.

Jetzt kommen wir zu den bayerischen Zahlen: Das Defizit der bayerischen Kommunen bewegt sich im Jahr 2025 bei über 5 Milliarden Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, es handelt sich nicht um eine normale Schwankung, die wir immer wieder erleben, sondern um ein strukturelles Problem. Die Ursachen dafür sind klar: Ein Großteil dieser Ausgaben entsteht durch gesetzliche Leistungen, die auf Bundesebene beschlossen werden. Das sind wichtige und auch richtige Leistungen; aber die Finanzierung dafür bleibt oft bei den Kommunen und folglich bei den Bürgerinnen und Bürgern hängen. Der Freistaat, der die Kommunen und uns selbst eigentlich vertreten und stark sein sollte, versagt bei den Verhandlungen mit dem Bund. Andernfalls wäre es nicht möglich, dass wir die Aufgaben, die wir vom Bund erhalten, nicht bezahlen können. Da stimmt etwas nicht. Oder jemand ist mehr hinter seinen eigenen Interessen her als hinter den Interessen der Kommunen.

Selbstverständlich wollen wir helfen. Niemand sagt, dass wir die Unterstützung für behinderte Menschen oder für Kinder, Jugendliche und Pflegebedürftige verweigern. Das ist doch der Kern unseres Sozialstaats, und das wollen wir doch beibehalten. Es geht hier ausschließlich darum, wer die Leistungen bezahlt. Es kann jedenfalls nicht so weitergehen; denn sonst kommen wir zu einem Punkt, an dem den Kommunen das Geld für Investitionen fehlt. Dann werden die freiwilligen Leistungen gestrichen und die Daseinsvorsorge geht den Bach hinunter.

Wenn Schulen nicht mehr saniert werden und Schultoiletten zum Himmel riechen – im Redemanuskript habe ich ein anderes Wort stehen –, wenn Angebote für Kinder und Jugendliche eingeschränkt werden und Busverbindungen brutal gekappt werden müssen, dann kommt die Herzkammer der Demokratie ins Wanken, und es droht der Infarkt. Diese Aussage stammt übrigens nicht von mir, sondern vom Bayerischen Landkreistag. Das heißt, wir kommen an die Grenze der Handlungsfähigkeit.

Die Kommunen sollen mit immer weniger Spielraum immer mehr leisten. Und die Staatsregierung brüstet sich: Hurra, hurra, wir müssen keine Schulden aufnehmen. Toll, toll, toll! – Und die Kommunen sagen: Dafür müssen wir Schulden aufnehmen. – Es ist doch nicht so, dass die Aufgaben nicht mehr bestehen, sondern sie müssen erledigt werden. Aber irgendjemand muss die Schulden dafür aufnehmen. Das sind in diesem Fall der Bund und die Kommunen. Dabei hat aber der Freistaat Bayern eine Pflicht. Ich habe es mir extra herausgesucht – es steht im Artikel 83 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung –, dass die Gemeinden mit ausreichend Geld auszustatten sind. Die Gemeinden haben schließlich Aufgaben übernommen. Wenn sie aber kein Geld bekommen, können sie diese Aufgaben nicht bezahlen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie viel von den 7 Milliarden bekommen denn die Kommunen?)

– Ich mache schon noch weiter.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sagen Sie es doch einmal!)

Ich werde jetzt auf die FREIEN WÄHLER kommen, die eine ganz neue Idee haben. Die FREIEN WÄHLER haben die Idee gehabt, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja!)

brüsten sich damit – hurra, hurra –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir stehen für das Eigentum!)

und schaffen gleichzeitig eine Hochwasserschutzabgabe, die die Bürger zu bezahlen haben.

Schauen wir es doch einmal im Bayerischen Wassergesetz nach. Das ist scheinheilig: Strabs weg! Hochwasser soll der Bürger zahlen! So seid ihr!

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Scheinheilig? Das ist Respekt vor Leistungsträgern, die ihr Leben lang gearbeitet haben!)

Wenn es so ist, dass man solche Ideen und solche Spitzfindigkeiten braucht, um das alles zu umgehen, wissen wir, wie weit wir gekommen sind.

Ein letzter Gedanke noch zu den Krankenhäusern. Die Krankenhäuser sind alle unterfinanziert; hier haben mit Sicherheit fast alle damit zu tun. Was machen wir eigentlich, wenn der Landrat sagt, wir sperren zu, wir mögen nicht mehr, macht es doch ihr vom Freistaat?

Ich sehe einen Kollegen aus Ansbach. Ich weiß nicht genau, 17 Millionen Miese – oder vielleicht noch wesentlich mehr. Wie soll das alles weitergehen? Wir müssen diese Frage beantworten. Dafür müssen dann der Minister genauso wie der Bürgermeister und der Landrat geradestehen.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen bei den Ausführungen meines Kollegen Halbleib noch viel Vergnügen.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sagen Sie uns doch, wie viele Milliarden?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Patrick Grossmann. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Köhler, Sie sagen, es sollte eigentlich nicht so sein, dass die Haushaltsdebatte jedes Jahr immer das Gleiche ist.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Liebe Fraktion der GRÜNEN, da kann ich gleich einmal an Sie appellieren; denn Sie könnten dem Haushalt doch einfach zustimmen. Sie müssen unseren Haushalt nicht jedes Jahr schlechtreden. Sie müssen den Freistaat Bayern nicht jedes Jahr

so schlechtreden, wie Sie es gerade getan haben, liebe verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihnen fehlt das Bayern-Gen.

(Lachen bei den GRÜNEN – Claudia Köhler (GRÜNE): Meine Güte! Wie peinlich!)

Deshalb muss ich ein paar Fakten ins Gedächtnis rufen: Wir haben im Vergleich mit allen Flächenländern in den letzten Jahren und Jahrzehnten das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf geschaffen. Wir haben doch die Grundlage dafür geschaffen, dass der Freistaat Bayern so gut dasteht. Wir haben viele Arbeitsplätze zu uns geholt, internationale Firmen, einen gesunden Mittelstand, Handwerksbetriebe, eine gute Dienstleistungsbranche.

Viele junge Menschen kommen immer noch gern nach Bayern. Das ist deshalb der Fall, weil jeder dritte Euro in den Bereich der Bildung, in den Bereich der Forschung, in die Hightech Agenda geht. Auch wenn Sie unsere Schulen, unsere Universitäten schlechtreden, ist es doch tatsächlich so, dass viele junge Menschen zu uns nach Bayern an die Universitäten kommen, um hier eine Ausbildung zu machen, dann eine Familie gründen und bei uns in Bayern bleiben.

Wir haben in Bayern im Vergleich zu allen Bundesländern die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Wir haben dadurch bedingt die niedrigste Zinsausgabenquote. Hätten wir dieselbe Zinsausgabenquote wie der Durchschnitt aller Westländer, müssten wir nicht 800 Millionen Euro Zinsen pro Jahr, sondern 2,2 Milliarden Euro bezahlen; das sind 1,4 Milliarden Euro mehr, als wir tatsächlich leisten.

Da wären wir von einem Blindengeld oder von zusätzlichen Mitteln für von Gewalt betroffene Frauen und Männer noch weiter entfernt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Blindengeld gibt's schon lange! Sollte ein Haushaltspolitiker wissen!)

– Gehörlosengeld. Und das bei einem Haushaltsvolumen von circa 84 Milliarden Euro pro Jahr.

Nach der aktuellen Steuerschätzung vom Oktober 2025 haben wir, momentan kalkuliert, in diesem Jahr noch einen Aufwuchs von 3,5 Milliarden Euro und für nächstes Jahr von 2,1 Milliarden Euro, insgesamt dann 62,5 Milliarden Euro. Aber bei den jetzigen Prognosen wissen wir einfach nicht, ob das angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage so bleibt.

Welche Vorschläge bringen insbesondere GRÜNE und SPD zum aktuellen Doppelhaushalt?

(Zuruf von den GRÜNEN: Viele!)

Sie fordern zusätzliche Milliardenausgaben, beispielsweise für zusätzliche Stellen, für Stellenhebungen, einen Verzicht auf Schuldentilgung, während wir im Doppelhaushalt 100 Millionen Euro zurückzahlen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein! Stimmt nicht!)

– Ich rede nicht nur von den GRÜNEN, sondern auch von der SPD.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Dann sagen Sie es halt!)

Sie fordern mehr Kredite für eine bessere Energie- und Klimapolitik; das haben Sie heute ausgeführt. Das kommt bei Ihrer Klientel vielleicht ganz gut an, aber tatsächlich überfordern Sie doch mit Ihren wirtschaftlichen, Ihren politischen Forderungen zur Energiepolitik, zu CO_2-Abgaben etc. die Menschen in unserem Land.

Zusammen genommen ergibt das doch das Bild einer maßlosen Haushaltspolitik, die eines nicht im Blick hat: die finanzielle Stabilität unseres Landes in einer schweren Wirtschaftskrise, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir als CSU und FREIE WÄHLER so maßlos haushalten würden, stünden wir in Bayern eben nicht so gut da. Wir haben in konjunkturell prosperierenden Zeiten gut gewirtschaftet, Rücklagen angespart. Sie kritisieren die Rücklagen und wollen das Geld mit Sozialträumereien wie einem kostenlosen Mittagessen an Bayerns Grundschulen

(Claudia Köhler (GRÜNE): Sozialträumereien – echt? – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, das sind Sozialträumereien!)

– und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern – mit jährlichen Kosten von fast 100 Millionen Euro pro Jahr nur verprassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen im Haushalt sehr gezielt auf Investitionen in Wirtschaftsförderung, in unsere Schulen, in unsere Krankenhäuser und Straßen, um die Konjunktur mit öffentlichen Mitteln wieder anzukurbeln. Die Investitionsquote steigt auf 17 %. Das ist die höchste Investitionsquote aller Bundesländer.

Ja, wir verwenden dazu auch das Sondervermögen vom Bund; das sind Schulden, die der Bund für seine Länder und Kommunen macht, ohne dass wir dafür Zinsen oder Tilgung leisten müssen. Da wären wir doch dumm, wenn wir das nicht machen würden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Von der ersten Tranche in Höhe von 7 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen – das haben wir ja schon gehört – fließen allein 5 Milliarden Euro an unsere Kommunen. 2 Milliarden sind für Maßnahmen im staatlichen Aufgabenbereich vorgesehen.

Schwerpunkte liegen dabei auf der Wissenschaft und Forschung mit 1 Milliarde Euro für die digitale Infrastruktur sowie beim Hochwasserschutz und beim Wohnungsbau. Das sind zusätzliche Investitionen. Natürlich sind das zusätzliche Investitionen, weil wir das sonst in dieser Geschwindigkeit einfach nicht leisten könnten.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ja, wir sind der Meinung, dass es ausreicht, wenn der Bund für uns Schulden macht. Da müssen wir als Freistaat Bayern nicht auch noch nachlegen. Wir gehen verantwortungsbewusst mit den uns anvertrauten Steuergeldern um und setzen diese sehr gezielt ein.

Dies trifft insbesondere auch auf den kommunalen Finanzausgleich zu. Auf uns können sich die bayerischen Kommunen nämlich verlassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der kommunale Finanzausgleich wurde auch für das Jahr 2026 deutlich erhöht. Mit einem Plus von 850 Millionen liegt er jetzt bei insgesamt 12,8 Milliarden Euro. Zusammen mit dem Kommunalanteil aus dem Sondervermögen des Bundes von 3,9 Milliarden Euro stehen den bayerischen Kommunen im Doppelhaushalt insgesamt 4,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Während die Opposition mit einer Kommunalmilliarde nur pauschale Summen ins Schaufenster stellt, handeln wir in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden gezielt dort, wo es eben am stärksten hilft, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Beim kommunalen Finanzausgleich liegt der besondere Schwerpunkt darauf, die Verwaltungshaushalte zu stärken. Damit tragen wir eben den massiven Belastungen – das ist heute auch schon angesprochen worden – durch stark steigende Sozialausga-

ben Rechnung. Die Zuweisungen an die Bezirke erhöhen sich um 480 Millionen Euro auf 1,32 Milliarden Euro. Das wirkt. Das hat dazu geführt, dass die Bezirksumlagenerhöhungen und die Kreisumlagenerhöhungen stabil gehalten werden konnten. In den meisten Fällen konnte sogar darauf verzichtet werden.

Entscheidend ist auch, dass die Schlüsselzuweisungen – die größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich – erneut steigen, und zwar um 3 %. Wir machen das, indem der Anteil am allgemeinen Steuerverbund für diesen Bereich von 13 auf 13,5 % erhöht wird.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Dadurch kommt nachhaltig mehr Geld vor Ort an. Das ist nicht eine Einmalspritze, sondern ein langfristiger Struktureffekt, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Bei den Investitionen setzt der Freistaat Bayern mit dem kommunalen Finanzausgleich und dem Sondervermögen Infrastruktur ganz bewusst starke Akzente.

Wir stellen im kommunalen Hochbau für unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen Mittel zur Verfügung. Insgesamt sind das 1,37 Milliarden Euro. Auch hierbei kommt ein Teil, 300 Millionen Euro, aus dem Sondervermögen. Aber auch die Förderungen bzw. Zuwendungen für unsere Kommunen, für Schulen und Kita-Baumaßnahmen werden erhöht. Die Eigenanteile werden reduziert. Die Förderung wird um 10 % aufgestockt. Auch hierfür stellen wir Geld aus dem Sondervermögen zur Verfügung.

Lieber Harry Scheuenstuhl, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich habe eine rückwärtsgewandte Debatte erlebt. Wir haben die Probleme der Kommunen zwar nicht endgültig gelöst; im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir aber einen entscheidenden Schritt nach vorn gemacht.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Tim Pargent (GRÜNE))

Wir haben den Kommunalwahlkampf gerade hinter uns. Ich kann Ihnen sagen: Die Finanzen waren im Kommunalwahlkampf kein Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Trotz der aktuellen Herausforderungen schaffen wir mit dem Doppelhaushalt einen kraftvollen Zukunftshaushalt. Wir haben hohe Investitionsausgaben, eine massive Stärkung unserer Kommunen, gezielte Maßnahmen für Wissenschaft und Forschung, Infrastruktur, Sicherheit und auch für den Klimaschutz. Gleichzeitig kommt dieser Doppelhaushalt ohne neue Schulden aus. Das ist nur mit einer strikten Ausgabedisziplin und durch eine angemessene Verwendung von Überschüssen aus den vergangenen Jahren durch Entnahmen aus der Haushaltsrücklage möglich. Wir sichern damit die Handlungsfähigkeit des Staates. Wir stärken unsere Kommunen. Wir investieren in die Zukunft. Wir bleiben unserer Verantwortung gegenüber kommenden Generationen treu. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt ist ein starkes Signal für Stabilität, Solidarität und Zukunftsfähigkeit in Bayern. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Abgeordnete Johann Müller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Johann Müller (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Nach der ersten Debatte über den Haushalt möchte ich heute einen anderen Akzent setzen – nicht die große politische Schlagzeile, nicht die schnelle Empörung, sondern die einfache Frage: Wie würde die AfD diesen Haushalt anders ordnen? Genau darum geht es beim Einzelplan 13 und beim Haushaltsgesetz. Hier entscheidet sich, ob ein Staat nur Geld verteilt oder ob er mit dem Geld seiner Bürger ordentlich umgeht.

Mein erster Punkt ist deshalb ein sehr grundsätzlicher. Ein Haushalt braucht auch im Verfahren Verlässlichkeit. Wir erleben in Bayern seit Jahren, dass Haushalte verspätet eingebracht werden. Das geschieht nicht nur ausnahmsweise, sondern wiederholt. In

der gesamten 18. Legislaturperiode, also von 2018 bis 2023, wurde die gesetzliche Frist zur Vorlage des Haushalts nicht ein einziges Mal eingehalten.

(Martin Wagle (CSU): Wir haben sogar einen Doppelhaushalt eingebracht!)

Die Doppelhaushalte 2024/2025 und 2026/2027 kamen nicht fristgerecht. Das ist kein Nebenaspekt. Das Haushaltsgesetz ist das wichtigste Gesetz des Jahres. Wenn selbst dieses Gesetz regelmäßig zu spät kommt, dann ist das kein Zeichen von Ordnung, sondern ein Zeichen mangelnder Verlässlichkeit. Genau deshalb sagen wir als AfD: Wenn die Staatsregierung Fristen nicht einhält, dann muss sie das dem Parlament künftig schriftlich begründen. Das sollte nicht als Strafe geschehen, sondern in einer parlamentarischen Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein. Respekt vor dem Parlament zeigt sich nicht in Sonntagsreden; Respekt vor dem Parlament zeigt sich darin, dass man seine Arbeit rechtzeitig und nachvollziehbar erledigt.

(Zuruf des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Mein zweiter Punkt betrifft die innere Verfassung dieses Haushalts. Ich muss leider sagen: Dieser Haushalt wirkt nach außen oft geordnet; im Inneren zeigt er aber deutliche Schwäche. Ein besonders klarer Hinweis darauf sind die immer weiter anwachsenden Mittel, die zwar im Haushalt stehen, aber nicht rechtzeitig abfließen. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hält fest, dass diese sogenannten Ausgabereste innerhalb von zehn Jahren um 132,3 % gestiegen sind und sich bis zum 31. Dezember 2023 auf 12,4 Milliarden Euro beliefen. 12,4 Milliarden Euro sind keine Kleinigkeit, sondern ein Warnsignal. Ein Staat, der ständig neue Wünsche produziert, gleichzeitig aber immer größere Summen vor sich herschiebt, hat nicht nur ein Einnahmenproblem oder ein Ausgabeproblem, sondern er hat vor allem ein Ordnungsproblem. Genau daran setzt unsere Kritik an. Wir wollen keinen Haushalt, der auf dem Papier immer größer wird, während in der Praxis immer mehr Mittel liegenbleiben. Wir wollen einen Haushalt, der wieder stärker vom Grundsatz der Klarheit lebt. Was wirklich notwendig

ist, gehört finanziert. Was nicht notwendig ist, wird gestrichen. Was veranschlagt wird, muss man auch mit Augenmaß und Disziplin bewirtschaften.

Mein dritter Punkt ist deshalb der Entscheidende. Die AfD will diesen Haushalt nicht nur kritisieren, sondern wir wollen ihn anders ausrichten. Der Kern unserer Alternative ist einfach: weniger verschieben, mehr Prioritätensetzung und mehr Schuldentilgung. Die Staatsregierung spricht gerne von Solidität. Wirkliche Solidität zeigt sich aber nicht zuerst in Überschriften, sondern im Umgang mit alten Schulden. Deshalb haben wir als AfD vorgeschlagen, die Schuldentilgung deutlich zu erhöhen, und zwar um 2 Milliarden Euro im Jahr 2026 und um 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2027. Das ist keine symbolische Zahl, sondern ein ernst gemeinter finanzpolitischer Schritt.

Genauso wichtig ist auch der zweite Teil. Wir sagen, dass das nicht über neue Schulden finanziert werden soll, sondern über Einsparungen an anderer Stelle. In unseren Anträgen über alle Einzelpläne hinweg haben wir nach Abzug eigener Mehrausgaben Einsparungen von mehr als 2,3 Milliarden Euro für das Jahr 2026 und mehr als 1,8 Milliarden Euro für das Jahr 2027 vorgeschlagen.

Genau darin liegt der Unterschied unseres Ansatzes. Wir sagen nicht: Probleme lösen wir später. Wir sagen nicht: Die Rechnung kommt irgendwann. Wir sagen: Ein Staat muss zuerst prüfen, wo er wirklich Geld braucht, wo er sich zurücknehmen kann und wo er endlich ernstlich Schulden abbauen muss.

Damit komme ich zum eigentlichen politischen Kern. Der Einzelplan 13 und das Haushaltsgesetz sind mehr als nur Technik. Sie zeigen das finanzpolitische Selbstverständnis eines Staates. Die Fragen lauten: Will ein Staat immer weiter ausgreifen? Will er immer neue Ausnahmen und immer neue Sonderwege? Will er immer neue Verschiebungen? Oder will er zu etwas zurückkehren, was eigentlich selbstverständlich sein sollte – zu Pünktlichkeit, zu Haushaltsklarheit, zu echten Prioritäten und zu ernsthafter Schuldentilgung? Wir als AfD entscheiden uns klar für den zweiten Weg. Wir wollen einen Staat, der sich nicht größer macht als nötig. Wir wollen einen Staat, der dem

Parlament rechenschaftspflichtig bleibt. Wir wollen einen Staat, der nicht nur von Ordnung spricht, sondern Ordnung im eigenen Haushalt herstellt. Wir wollen einen Staat, der Schulden nicht nur verwaltet, sondern beginnt, sie wirklich zurückzuführen.

Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren, wenn ich in einem Satz sagen müsste, wie die AfD diesen Haushalt umgestalten möchte, dann wäre es dieser:

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen aus einem Haushalt der Verspätung und Verschiebung wieder einen Haushalt der Klarheit und Verantwortung machen. Darum verlangen wir mehr Verbindlichkeit gegenüber dem Parlament. Darum benennen wir das Problem immer größer werdender liegengebliebener Mittel. Darum schlagen wir eine deutlich höhere Schuldentilgung vor. Sie soll aus Einsparungen und nicht aus neuen Belastungen finanziert werden.Das ist kein spektakulärer Weg; aber es ist ein seriöser Weg, und gerade in einer Zeit, in der öffentliche Haushalte immer komplizierter und immer schwerer durchschaubar werden, ist genau das dringend nötig: mehr Einfachheit, mehr Ehrlichkeit, mehr finanzpolitische Disziplin – dafür steht die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Andreas Hanna-Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Herr Müller, wir haben jetzt alle die Vorlesestunde über uns ergehen lassen. Kern und Wesen sowie das Herzstück des Parlamentarismus ist doch die freie Rede. Was genau haben Sie daran nicht verstanden?

(Oskar Lipp (AfD): Fragt das mal in euren eigenen Reihen!)

Johann Müller (AfD): Was soll jetzt diese Frage? Halten bei euch alle freie Reden? Lest ihr nichts ab?

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Es geht um Sie!)

– Das sind doch jetzt sehr dumme Reden und Fragen, die ihr hier vorbringt.

(Oskar Lipp (AfD): Schaut euch doch mal eure Kollegen an!)

Schaut euch doch selber an und fasst euch an die eigene Nase.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Kollege Stefan Frühbeißer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Wenn man die letzten drei Wochen der Tagung im Haushaltsausschuss und die letzten drei Tage der Beratung hier im Plenum, die heute endet, Revue passieren lässt, glaube ich, dass man zusammenfassend schon auch die guten Seiten noch einmal darstellen muss. Die gute Seite ist, dass wir – wie es auch schon angeklungen ist – im Rahmen der Beratung im Haushaltsausschuss sehr sachlich, fachlich und auf Augenhöhe diskutiert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Dann möchte ich dazu bitte auch anmerken: Die Anträge, die abgelehnt worden sind, sind sehr wohl ausführlich begründet worden. Das ist dargelegt worden. Deshalb werde ich mir heute ersparen, noch einmal auf Einzelheiten einzugehen und noch einmal Argumente zu wiederholen. Es liegt in der Natur der Sache, dass, wenn es ein sehr breites Spektrum politischer Meinungen gibt, dann natürlich auch sehr unterschiedliche Ansichten vertreten werden. Für mich fühlt es sich immer so an, dass man einerseits ein kreditfinanziertes Füllhorn hat und andererseits die Kettensäge anwenden will. Die Wahrheit liegt bekanntlich in der Mitte. Auch hier verhält es sich so, dass der Großteil der Bevölkerung den Weg, den wir von der Regierungskoalition hier einschlagen, für absolut richtig hält. Übrigens hat sich auch im Hinblick auf das

Sondervermögen die Mehrheit der Menschen große Sorgen gemacht. Viele junge Menschen haben auch Angst davor, dass sie die Schulden, die heute gemacht werden, künftig bezahlen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist in den letzten Tagen bei den Einzeletats sehr deutlich geworden, wo die Schwerpunkte gesetzt werden. Natürlich würden die einzelnen Fraktionen Schwerpunkte und Prioritäten anders setzen; aber es gehört nun einmal zur politischen Auseinandersetzung, hart zu diskutieren, Argumente auszutauschen, vor allen Dingen sachlich zu bleiben, dann aber auch Entscheidungen zu treffen und Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, wie es im Haushaltsausschuss in der gesamten Vorberatung erfolgt ist.

Ich möchte dabei noch einen Aspekt ansprechen. Ich kann, wie gesagt, jetzt nicht noch einmal auf alle Details eingehen, das möchte ich Ihnen auch ersparen; aber es ist auch heute noch einmal sehr deutlich betont worden, wie denn die kommunale Finanzlage sei. Als alter Kommunaler, der das über zwanzig Jahre in drei kommunalen Ebenen – es gibt nur drei, und in genau diesen drei kommunalen Ebenen war ich entsprechend in der Verantwortung – genau beobachtet hat, muss ich sagen: Bis in das Jahr 2022 hinein gab es Überschüsse. Die kommunale Ebene hat finanztechnisch bis ins Jahr 2022 erhebliche Überschüsse erwirtschaftet, und erst ab dem Jahr 2023 hat sich das geändert. Dann muss man aber genau sagen, woher das kommt. Dazu haben Sie Analysen angestellt, die aber leider völlig fehlgehen, weil nachgewiesen ist, dass der wesentliche Anteil der Belastung aus dem Bundesteilhabegesetz, aus der Sozialgesetzgebung und vor allen Dingen aus der Gesetzgebung des Bundes kommt. Wenn der Bund das Konnexitätsprinzip – wie wir es im Freistaat Bayern beschlossen haben und praktizieren – anwenden, geschweige denn kennen und danach verfahren würde, dann hätten diese drei kommunalen Ebenen keinerlei Probleme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Analyse wird von allen kommunalen Spitzenverbänden bestätigt. Genauso haben die kommunalen Spitzenverbände in den Verhandlungen – und auch im Nachhinein – betont, dass der Freistaat Bayern infolge der Zuwendungen durch Sondervermögen, aber vor allen Dingen dadurch, wie das Finanzministerium, wie wir, wie der Haushaltsausschuss agiert haben, mit den Verhandlungen zufrieden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das sage ich im Hinblick darauf, dass unsere in der Kommune verantwortlichen Personen genau wissen, wie die Lage ist. Die wissen nämlich ganz genau, dass es nicht nur bei ihnen, sondern auch im Freistaat Bayern und im Bund finanziell eng ist, und dass die Aufgabenlast natürlich auch so verteilt werden muss, dass sie nicht den einen zum Vorteil und den anderen zum Nachteil gereicht. Genau das ist Sinn und Zweck des kommunalen Finanzausgleichs, über den wir jetzt sprechen. Die Mechanismen funktionieren nämlich so, dass man denen hilft, die wirklich darauf angewiesen sind, die Notlagen haben, statt mit der Gießkanne durchs Land zu ziehen nach dem Motto: mehr Geld obendrauf, das funktioniert, dann sind wir alle Sorgen los. – Nein, so funktioniert es nicht, erstens, weil das Geld nicht ausreicht, und zweitens, weil damit natürlich auch nicht der Tatsache Rechnung getragen wird, dass wir grundsätzlich ein neues Verständnis im Staat, im Verwaltungsverfahren, im Agieren der öffentlichen Hand und vor allen Dingen auch darin brauchen, wie wir uns künftig aufstellen wollen.

Wir haben eine Staatsquote von 50 % – kein anderes Land kann sich das leisten –, und wir haben aber auch die Chancen. Genau diese Chancen werden mit den Ansätzen, die wir im Haushaltsplan haben, und auch mit den Schritten, die in der Enquete-Kommission Bürokratieabbau beschlossen worden sind, eröffnet. Genau das sind die Ansätze. In den Handlungsempfehlungen – da sind die Kollegen aus allen Fraktionen mit dabei – sind die Ansätze enthalten, wie wir unseren Staat neu denken müssen, damit der Staat sich dort zurückzieht, wo die Bevormundung für den Bürger, für die Betriebe, für Unternehmen und für die freie Marktwirtschaft zu viel wird.

Andererseits befähigen diese Ansätze aber genau dort die Akteure – sprich unsere Kommunen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – mit den Möglichkeiten, die moderne Technologie bietet, KI entsprechend einzusetzen, aber auch Verwaltungsverfahren auf den Prüfstand zu stellen, die viel einfacher und viel straffer sind. Dazu gibt es entsprechende Vorschläge. Ich brauche es jetzt nicht zu vertiefen, weil genau das dann in Kürze, wenn die Enquete-Kommission ihren Bericht bekannt gibt, auch entsprechend dargestellt werden wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Frau Kollegin Köhler, ich glaube, Sie haben selbst gemerkt, dass Fraktionsinitiativen nicht nur dort sind, wo die Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER in den Stimmkreisen sind.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Sie haben selber gemerkt, dass das ein Schmarrn ist;

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, das stimmt nicht!)

denn Sie werden auch in einem Stimmkreis gewählt. Das stimmt nicht.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Doch!)

weil es eine ganze Reihe von Initiativen gibt – ich liste Ihnen gerne welche auf –, völlig gleichgültig, wer dort Bürgermeister ist.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist keine Landespolitik!)

Es gibt sogar einige, die da Anträge gestellt haben, die Empfänger sind. Dort finden sich Bürgermeister völlig unterschiedlicher Gruppierungen zu interkommunaler Zusammenarbeit zusammen, arbeiten gemeinsam und stellen Anträge. Wo zusammengearbeitet wird, wo vernünftige Ansätze und tolle Projekte sind, ist es sinnvoll

und gut, die zu unterstützen und dann auch zu versuchen, die Erfolgsmodelle, die Best-Practice-Beispiele, auf Bayern auszurollen. Nicht alles geht gut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Das wissen wir von allen Projekten. Aber die, die gut sind, müssen wir evaluieren und dann auf ganz Bayern oder auf Modellregionen – wie es jetzt vorgesehen ist – ausrollen, um unseren Staat neu zu denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte noch einen Punkt aufgreifen, weil er für mich essenziell ist; der ist ganz entscheidend. Kollege Scheuenstuhl, Sie haben eine Frage gestellt, als Sie die Kommunalfinanzen dargestellt haben. Übrigens geht es nicht allen schlecht. Nach wie vor sind viele Kommunen wirtschaftlich sehr gut gestellt.

(Zuruf: Die gibt es auch noch!)

– Die gibt es auch noch, richtig. Da kann ich Ihnen auch Namen nennen;

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ist gut!)

aber Sie haben eine entscheidende Frage gestellt. Sie haben gefragt: Wer soll das bezahlen, wenn die Kommunen Aufgaben haben? – Ich habe es schon gesagt: Wenn Bundesaufgaben delegiert werden, gilt das Konnexitätsprinzip, dann ist der Bund in der Verantwortung. Wenn es aber nicht reicht – –

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das habe ich gesagt!)

– Nein, ich habe es gesagt. Ich habe es Ihnen erklärt, und Sie fragen dann: Wer soll es bezahlen? Ihre einzige Antwort ist: der Freistaat Bayern. Der Freistaat Bayern sind die Bürgerinnen und Bürger.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Bürgerinnen und Bürger haben es gesagt!)

Das sind die Menschen, die hier leben, und die sollen jetzt bezahlen, was Sie für tolle Vorstellungen haben,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Zuhören! Zuhören!)

wo Sie der ganzen Welt –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): – Unterstützung geben wollen. Dann sagen Sie bitte auch, der Steuerzahler soll das bezahlen. Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Ende der Debatte würde ich gerne noch auf mehr Punkte eingehen. Zu einigen Punkten muss ich doch etwas sagen. Das ist zum Beispiel die Show, die Sie rund um die Schuldenfreiheit aufführen. Das Märchen beginnt schon an der Stelle, dass das komplette Sondervermögen komplett schuldenfinanziert ist. Das sind nicht nur die 7 Milliarden Euro. Es gibt noch andere Mittel, die aus dem Sondervermögen an den Freistaat fließen. Letztlich lässt der Freistaat beim Bund anschreiben. Das kann man machen. Dann sollten Sie aber nicht mit dieser Verve von Schuldenfreiheit durchs Land ziehen. Letztendlich waren es diese Schulden, die Ihnen die Aufstellung dieses Haushalts ermöglicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Debatte habe ich schon mehrfach gehört, warum Sie das tun. Sie betonen mehrfach diesen Markenkern, den Markenkern Ihrer Politik. Mir scheint es gar nicht

mehr so sehr um sinnvolle Finanzpolitik zu gehen, sondern um Ihre Marke, ja um Ihre Vermarktung. An dieser Stelle merkt man, um was es Ihnen hierbei wirklich geht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ihnen geht es um Polemik, nichts anderes!)

Der Blick in die Rücklagen, die noch vorhanden sind, zeigt auch, dass eine akute Neuverschuldung gar nicht droht. Zum Jahreswechsel waren 5,9 Milliarden Euro in der Rücklage. Der Finanzminister hat im Ausschuss ausdrücklich dargestellt, dass noch die eine oder andere Milliarde zusätzlich dazukommen wird – Zitat vom Finanzminister. Selbst bei der vollständigen Übernahme des Tarifabschlusses hätte eine Schuldenneuaufnahme nicht gedroht. Deswegen kann ich festhalten: Wenn Sie einen akuten Sparhaushalt herbeireden, ist das Ihre Show zur Schuldenfreiheit.

Weiter geht es mit der 1.000 Euro-Prämie, die der Ministerpräsident im Koalitionsausschuss auf Bundesebene als die große Entlastung bei uns im Land verkündet hat. Dann frage ich mich: Was ist mit der Polizistin im mittleren Dienst? Was ist mit der Finanzbeamtin? – Brauchen die diese Entlastung mit diesem Haushalt nicht? Die Tür ist auch dahingehend geschlossen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist eine Unterstellung! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Stimmt doch gar nicht!)

Wir brauchen diese Prämie für unsere Beamtinnen und Beamten, bei denen Sie ohnehin schon den Rotstift angesetzt haben. Ich finde, es ist schizophren und unglaubwürdig, wenn man sich in Berlin hinstellt und sagt: Das verlangen wir jetzt von unseren Unternehmen und machen es bei unseren eigenen Beamten nicht. Damit verspielen wir Vertrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie machen sich unglaubwürdig!)

Damit komme ich zum letzten Punkt, zum Thema der Steuereinnahmen. Das geht an all diejenigen, die die Erbschaftsteuer so gerne abschaffen würden. Denen rate ich

mal, in die Bayerische Verfassung zu schauen. – Ja, Sie nicken schon. Dann schauen Sie doch gerne einmal in Artikel 123 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung. Dort steht: "Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern." Der Aiwanger-Truppe empfehle ich dringend, einmal in den Haushalt zu schauen. Ihnen fehlen akut 7 Milliarden Euro, um diesen Haushalt aufzustellen. Sie können das nur machen, weil Sie den Menschen dort draußen etwas erzählen, was Sie nie im Leben umsetzen könnten und nicht einmal umsetzen dürften. Was Sie machen, ist schizophren und unglaubwürdig. Das lassen Ihnen die Menschen auch nicht durchgehen. Das haben Sie bei der Bundestagswahl gemerkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! 42 Stunden Beratung im Haushaltsausschuss, drei Tage intensive Beratung im Rahmen der Zweiten Lesung hier im Plenum – aber dieser Doppelhaushalt bleibt, was er schon bei der Einreichung gewesen ist, nämlich leider ein Haushalt der Widersprüche. Er ist ein Haushalt der fehlenden Prioritätensetzung. Er ist ein Doppelhaushalt der falschen Etiketten. Er ist ein Haushalt der nicht eingehaltenen Zusagen. Er ist ein Haushalt der Kürzungen an den falschen Stellen. Er ist im Endergebnis ein Doppelhaushalt der sozialen Schieflage.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Alles falsch!)

– Das ist alles richtig. Ich kann das gerne auch noch einmal begründen. Ich hätte gerne etwas Freundliches gesagt. Aber das lasse ich jetzt bleiben. Schauen wir uns das doch einmal genau an.

– Herr Ministerpräsident, herzlich willkommen und Glückwunsch zu Ihrer neuen Bartfrisur. Das lässt sich durchaus sehen.

(Thomas Huber (CSU): Das ist wieder wichtig! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das war das einzig Gute an Ihrer Rede! – Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich merke eine gewisse Aufregung. Ich kann es verstehen. Jetzt kommt die substanzielle Kritik in der Begründung.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib hat das Wort, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): – Ja, ich würde auch darum bitten. Ich verstehe eure Aufregung, weil ich jetzt ein bisschen den Finger in die Wunde legen werde. Ihr redet von Investieren, Konsolidieren und Reformieren als Grundlagen. Schauen wir doch mal, was diese Begriffe in Wahrheit bedeuten.

Erstens. Investieren heißt nicht etwa eine eigene Investitionsoffensive des Freistaats, sondern in Wahrheit allein die Nutzung von Bundesmitteln. Die Aufwüchse in diesem Haushalt bei den Investitionen leben maßgeblich von fremdem Geld. Der bayerische Haushalt kaschiert seine Lücken mit Bundesmitteln. Die Staatsregierung und die Regierungsfraktionen reden von einer schwarzen Null, die bei Licht betrachtet keine ist, weil die Bundesmittel, ohne die dieser Haushalt nicht zustande gekommen wäre, kreditfinanziert sind. Das ist doch die Wahrheit über Ihren Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Reformieren heißt bei Ihnen in Wahrheit keine neuen und klugen Konzepte für den Freistaat Bayern. Leider heißt Reformieren bei Ihnen in Wahrheit willkürliche Kürzungen auf dem Rücken der eigenen Beschäftigten. Reformieren heißt bei Ihnen komplette Streichung wichtiger Transferleistungen für die Familien und für Pflegebe-

dürftige. Reformieren heißt bei Ihnen Sparen ausgerechnet an der Funktionsfähigkeit des Staates. Das ist kein Konsolidierungskurs. Das ist ein finanzpolitischer Bumerang, der auch zurückschlagen wird.

Schließlich heißt Konsolidieren bei Ihnen nicht, staatliche Aufgaben effizienter zu erledigen. Stattdessen heißt Konsolidieren: Kürzungen, Haushaltssperren, Einsparungsauflagen nach der Rasenmähermethode sowie willkürliche und unlogische Stellenmoratorien. Stellenstreichungen sind keine Reform, sondern eine Personalpolitik nach dem Zufallsprinzip und nach Gutsherrenart. Das ist keine gute Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt ein Grundfehler auch dieses Haushaltes: Auch dieser Doppelhaushalt verstößt gegen Ihre eigene Haushaltsordnung. Der Haushalt ist erst so spät vorgelegt worden, dass ein Drittel des Jahres unter vorläufiger Haushaltsführung steht. Auch das ist nicht gut.

7 Milliarden Euro Sondervermögen des Bundes stecken in diesem Haushalt. Ohne diese Mittel, die die FREIEN WÄHLER definitiv gar nicht wollten, wären die wesentlichen Fortschritte und Gestaltungsspielräume in diesem Haushalt gar nicht möglich. Ohne diese Mittel wäre dieser Haushalt so nicht möglich. Die schwarze Null beim bayerischen Staatshaushalt existiert doch nur, weil Berlin zahlt und München spart. Das ist die Wahrheit. Das ist keine solide Finanzpolitik. Das ist investitionspolitische Trittbrettfahrerei par excellence.

(Beifall bei der SPD)

Die Logik ist klar. Wenn man diese 7 Milliarden Euro bekommt, ohne die dieser Haushalt nicht zugegangen wäre, dann versucht man irgendwie, die vermeintlich schwarze Null im Freistaat Bayern zu halten und auf eine bayerische Kreditaufnahme zu verzichten.

Wie macht man das? – Das macht man erstens auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes. Das macht man durch Stellenmoratorien und ausgesetzte Stellenhebungen. Der Tarifabschluss wird verzögert auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Der DGB nennt das einen Schlag ins Gesicht. Er hat in diesem Punkt recht.

Wie macht man das? – Das macht man zweitens durch eine Streichung des Familiengeldes, des Krippengeldes und des seit über einem Jahr angekündigten Familienstartgelds zwei Tage vor der Zweiten Lesung. So macht man das.

Drittens wird das durch die Halbierung des Pflegegeldes auf Kosten der Pflegebedürftigen und der zu Pflegenden gemacht. Auch so macht man die schwarze Null.

Es wird auch durch die herzlose und konzeptionslose Verweigerung des Gehörlosengeldes gemacht. Dass das Gehörlosengeld nicht kommt, ist eine menschliche, politische und soziale Gemeinheit dieses Haushaltes. Sie lassen sich für die schwarze Null feiern, aber auf dem Rücken der gehörlosen Menschen, die dringend auf diese Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Letztendlich läuft es darauf hinaus – auch das hat Kollegin Rauscher schon beim Sozialhaushalt gesagt –: weniger Geld, mehr Unsicherheit und keine Verlässlichkeit.

Hinzu kommt, dass der Herr Finanzminister am 26. März 2026, in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses zu den Haushaltsberatungen dieses Doppelhaushalts, bekannt gab, dass die Rücklage 2026 deutlich besser gefüllt werden wird, als im Haushaltsplan vorgesehen. Zitat: Ich gehe davon aus, dass die eine oder andere Milliarde wieder hereinkommt. – Die eine oder andere Milliarde für die Rücklage – merken Sie, was hier passiert? Diese Nachricht ist doch ein Schlag in das Gesicht beispielsweise der Gehörlosen, denen man erklärt, dieser Haushalt wäre ohne Nettoneuverschuldung nur dadurch zu machen, indem man ihnen ihre berechtigten Ansprüche nicht erfüllt.

Nein, es ist so: Auch mit diesem Haushalt und mit der Finanzierung, die der Finanzminister angedeutet hat, braucht kein Mensch eine Kreditaufnahme. Man kann den Pflegebedürftigen das geben, was sie brauchen, man kann den Beschäftigten das geben, was sie verdient haben, und man kann den Gehörlosen das geben, was notwendig ist.

Sie machen all das nicht und führen dafür als Flaggschiff die schwarze Null an. Das ist falsch, und das ist gegenüber den Betroffenen auch nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich gleich noch zu einem Punkt, der durchaus interessant ist. Während Sie bei den eigenen Beschäftigten und bei den Gehörlosen den Rotstift ansetzen, gönnen sich die Regierungsfraktionen eigennützige Wahlkampf- und Stimmkreishilfen auf einem Allzeithoch. Der Finanzminister hat bei seiner Einbringungsrede vom Häwelmann von Theodor Storm gesprochen, von einem Mehr, Mehr, Mehr. Die wahren Häwelmänner sitzen hier in den Regierungsfraktionen selbst; denn Sie erhöhen die Mittel für eigennützige Fraktionsinitiativen von 90 auf 110 Millionen Euro und, wenn man genau hinschaut, von 2023 bis 2026 um 40 Millionen Euro.

(Michael Hofmann (CSU): Sagt der, der selber den Initiativen zustimmt! Das ist gut!)

– Sie hören das ungern; hören Sie aber einfach zu. – Das sind 57 % mehr in drei Jahren. Sie verkünden einen Sparkurs, aber dort, wo Sie selber sparen könnten, haben Sie eine Steigerung um fast 60 %. Das ist die Wahrheit bei diesem Haushalt; der sollten Sie sich auch einmal stellen. Das ist scheinheilig und heuchlerisch.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Aber den Fraktionsinitiativen zustimmen! So etwas nennt man Heuchelei! Oder Widersprüchlichkeit! So kann man es auch nennen!)

Die Methode, anderen Wasser zu predigen, selbst aber Wein zu trinken, funktioniert nicht. Während woanders gekürzt wird, wird bei den Fraktionsprojekten großzügig aufgestockt. Das kann so nicht richtig sein.

Das Muster wiederholt sich doch an vielen Stellen: kürzen im Sozialen, aber Mittel für einen Opernball in München. Das kann doch auch nicht sein. Sparen auf Kosten der Beschäftigten, aber Hauptsache genug Geld für die Pandabären im Zoo. Haushaltssperren und Sparauflagen mit dem Rasenmäher,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie auch Argumente?)

aber Hauptsache genug Geld für die Einführung eines neuen Adventskonzertes des Ministerpräsidenten. Dafür sind selbstverständlich sofort 120.000 Euro da.

(Michael Hofmann (CSU): Heute sind wir wieder ein bisschen populistisch unterwegs! Jawohl!)

Das ist die Art der Politik, die die Menschen als zynisch empfinden, und sie haben recht. Diese Art der Politik passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Die Rede wird Ihrem sonstigen Standard nicht gerecht!)

Noch ein abschließendes Wort zu den Investitionen, die uns wichtig sind. Wir haben intensiv Anträge zur notwendigen Zukunft im Freistaat Bayern mit einem Investitionspaket von insgesamt 2,8 Milliarden Euro, verteilt auf zwei Jahre vorgelegt: für die Transformation der Automobilwirtschaft, für bezahlbaren Wohnraum, für die Mobilitätswende, für gute Straßen, für die Hochschulen, für die Unikliniken und für eine echte Krankenhausmilliarde; denn es gibt – das ist unsere feste Überzeugung – natürlich auch Sparen und Einschränkungen, die schädlich sind, einen schädlichen Verzicht auf Ausgaben. Wenn man nämlich notwendige Investitionen einfach in die Zukunft verschiebt, handelt es sich um heimliche und versteckte Schulden in diesem Haushalt.

Marode Straßen, sanierungsbedürftige Schulen, eine Infrastruktur auf Verschleiß – diese Schulden stehen in keinem Haushaltsplan, aber sie sind bittere Realität.

Deswegen sind wir der festen Überzeugung, dass wir als Freistaat Bayern mehr investieren müssen und nicht nur Trittbrettfahrer bei den Investitionsmitteln des Bundes sein dürfen. Die hohe Investitionsquote von 17 % –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Halbleib.

(Michael Hofmann (CSU): 17,1 %!)

Volkmar Halbleib (SPD): – von 17,1 % – das abschließend – wäre ohne diese Bundesmittel nicht so hoch, sondern läge nur bei 12,2 %. Daran wird doch deutlich, was der Bund leistet und was der Freistaat mehr nutzen müsste.

(Michael Hofmann (CSU): Sollen wir jetzt aus dem Bund austreten?)

Dafür treten wir ein. Ich glaube, das ist ein Grund, darüber nachzudenken. Sie können anderer Meinung sein und nicht darüber nachdenken.

(Michael Hofmann (CSU): Sie würden das Geld zurückgeben, oder?)

Wir jedenfalls werden diesem Haushalt der Schieflage nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Maximilian Böltl.

Maximilian Böltl (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Haushaltsgesetz fassen wir heute zusammen, was wir in den letzten drei Tagen beraten haben, und mit diesem Drei-Tage-Plenum geht letztlich auch zu Ende, was wir vorher wochenlang im Ausschuss diskutiert hatten. Die Diskussionen sind größtenteils sehr konstruktiv verlaufen. Deshalb will ich unserem

Vorsitzenden Josef Zellmeier ganz, ganz herzlich Danke sagen, der uns sehr konzentriert, aber auch sehr konsequent durchmanövriert hat. Danke, lieber Sepp!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genauso wichtig finde ich, zum Abschluss auch denjenigen Danke zu sagen, über deren Geld wir jetzt tatsächlich entscheiden. Die Steuerzahler, die Fleißigen haben ein Recht darauf, dass wir ihr Geld verantwortungsvoll einsetzen. Ihnen können wir heute sagen: Wir geben nur das aus, was wir einnehmen. Wir investieren, wir sparen.

Damit steige ich auch direkt ein. Wo sparen wir denn? – Die Personalausgabenquote sinkt unter die 40-Prozent-Marke, obwohl wir 2.007 Stellen dort schaffen, wo es Menschen braucht: Lehrer, Polizei, Justiz. Wo es aber um rein administrative Aufgaben geht, müssen wir schon auch an die Stellen ran. Wenn Unternehmen jetzt schon sagen, nur das, was KI nicht kann, wird noch von Personal übernommen, während dort also "KI first" gilt, müssen auch wir als Staat genau prüfen, was digitalisiert und was automatisiert werden kann.

Nehmen wir einmal einen Bauantrag für einen Wintergarten. Passt dieser zum Bebauungsplan? Das könnte schon längst in Echtzeit und volldigital ohne menschliches Zutun abgewickelt werden. Dann bliebe auch den Mitarbeitern mehr Zeit für die persönliche Beratung von Bauherrn und für die komplexeren Projekte. Das sind Beispiele für Wirkungen vor Ort.

Bis 2028 wollen wir im ersten Schritt 1.000 Stellen sparen, bis 2040 dann 10.000 Stellen – weil es möglich ist, weil es machbar ist, weil wir der Wirtschaft nicht die Köpfe wegnehmen wollen und weil wir über die Staatsquote nicht lamentieren, sondern liefern.

Deswegen liefern wir mit dem Doppelhaushalt auch die nächste Version des Bayern-Updates. Nach den vier wichtigen Modernisierungsgesetzen geht es jetzt auch um die Strukturen. Wie hätte Montgelas unseren Staat aufgebaut, wenn er damals schon

gewusst hätte, dass es einmal Künstliche Intelligenz gibt? Wie hätte er den Staat aufgebaut, wenn er gewusst hätte, dass bei technischer Disruption eben manchmal Geschwindigkeit vor Genauigkeit geht? – Das sind die Fragen mit Blick auf eine mutige Staatsreform unter der Leitung von Florian Herrmann.

Weil der Staat handlungsfähig bleiben will, müssen alle Zuständigkeiten, alle Ebenen, Verästelungen und Prozesse auf den Prüfstand – ohne Kettensäge, aber mit scharfer Rasierklinge, lieber Volkmar Halbleib, schneidig, wie die Bayern eben eh und je immer gewesen sind –, um Kosten zu sparen, aber eben auch, um wieder wirksam sein zu können und das Vertrauen der Bürger zu haben, nach dem Credo von Florian Herrmann: Geregelt werden darf nur, was geregelt werden muss.

Wir sparen. Wir haben in allen Einzelplänen Einsparungen. Nehmen wir nur einmal zwei Bereiche heraus. Einer betrifft einen ganz großen Block, bei dem uns jetzt vom Bund geholfen wird. Die Zahl der Asylanträge in Bayern ist von 2024 auf 2025 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. 2026 wird sich das verstetigen. – Versprochen, gehalten. Deshalb können wir bei Asyl und Migration 700 Millionen Euro einsparen.

2 Milliarden Euro spart der Staat bei sich selbst. In der Diskussion über Einsparungen haben wir in den letzten Jahren von der Opposition immer vorgehalten bekommen: Fangt doch mal bei euch selbst an! – Genau das passiert jetzt. Das hätte man heute durchaus einmal loben können; denn nur durch diese Einsparungen ist der ausgeglichene Haushalt ohne neue Schulden möglich.Selbstverständlich wird jeder Haushalt, wenn es irgendwie geht, ohne Neuverschuldung aufgestellt. Im Interesse künftiger Generationen muss man schon dem Staatsminister Albert Füracker und seinem Staatssekretär Martin Schöffel dankbar sein, dass das wieder gelungen ist. Noch entscheidender mit Blick auf die Zukunft ist aber eher die Frage: Wie viel wird denn für das Übermorgen investiert? Wenn der Haushalt ohne Schulden daherkommen würde, aber dann auch ohne Investitionen aufgestellt würde, wäre das auch ein Rückschritt.

In Bayern schaffen wir aber beides: 17 % beträgt die Investitionsquote in den kommenden beiden Jahren; das sind noch einmal 2 Prozentpunkte mehr als bisher. Wenn wir eine Zukunftsquote hätten, die neben den Investitionen auch noch die laufenden Ausgaben für das Übermorgen, für die Zukunft umfasst, könnten wir uns erst recht sehen lassen. Jeder dritte Euro fließt in die Bildung, zusätzlich 1 Milliarde Euro für die Hightech Agenda, 3,6 Milliarden Euro für Wohnraum, um nur einmal drei Zukunftsbereiche zu nennen, in denen wir unterwegs sind.

Das sind alles Ausgaben, die heute laufen und morgen liefern. Genau das sind die langen Linien, auf die die CSU im Vergleich zu Populismus von links und rechts setzt, eben nicht dort Mittel zu haben, wo sie schnelle Wirkung haben sollen oder wo sie eine Überschrift produzieren, sondern vor allem dort, wo es auch einmal länger dauern kann, wo man vielleicht nicht am Anfang gleich direkt Applaus bekommt, siehe Luft- und Raumfahrt. Der Doppelhaushalt 2026/2027 unter der Gesamtführung von Markus Söder zeichnet wiederum diese langen Linien. Wir geben nur das aus, was wir einnehmen. Wir investieren, wir sparen, und wir bitten deshalb ganz herzlich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Böltl. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Unsicherheit ist zur neuen Normalität geworden. Wir haben erneut unter schwierigsten Rahmenbedingungen diesen Doppelhaushalt vorgelegt. Übrigens beschließen wir heute, im April, den Haushalt für 2027. Für all diejenigen, die sagen, es wäre immer zu spät: Für 2027 kann das offensichtlich nicht der Fall sein. Es reicht aber alles noch nicht an Unsicherheit – der Krieg im Iran, die weltweiten Auswirkungen und die Frage der Energie. Nicht alles wird der

Staat ausgleichen können, um die Wirtschaft in der Stabilität zu halten, wie wir sie bräuchten, um auch in Zukunft die Wachstumsansprüche zu finanzieren.

Ja, wir brauchen Wachstum. Ich höre dann immer, wenn ich das als Finanzminister sage, das Geschrei, dass ich wohl nicht wüsste, dass es kein ewiges Wachstum auf der Welt geben könne. Nichts würde ewig wachsen. Nur wir Menschen in einem modernen Staat erwarten immer Wachstum, wenn es darum geht, wie unser Lebensstandard sein soll. Da hätten wir alle gerne Wachstum. Wenn es darum geht, wie die Gesundheitsversorgung ist, hätten wir alle gerne Wachstum. Wenn es darum geht, wie die Lebenserwartung ist, hätten wir gerne Wachstum. Wenn es um Rente geht, hätten wir gerne Wachstum. Überall wollen wir Wachstum organisieren, nur bei der Wirtschaft sagen wir: Ewiges Wachstum gibt es nicht. – Wir werden uns entscheiden müssen: Wenn wir Wachstum im Sozialen organisieren wollen, wird das nur möglich sein, wenn es auch Wirtschaftswachstum gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch der Haushalt kann nur durch Mehreinnahmen, durch höhere Steuereinnahmen wachsen, die wir durch eine Wirtschaft erzielen, die prosperiert. Unser Ziel ist und bleibt es, ein Haushaltswachstum ohne neue Schulden zu organisieren; ich komme noch darauf zu sprechen. Es geht auch um Generationengerechtigkeit, auch das ist Nachhaltigkeit. Da sind wir in Bayern angekommen.

Ich habe seit Dienstag wirklich aufmerksam zugehört. Ich habe gehört, man dürfe nicht sagen, dass es in Bayern besser ist als anderswo, das wäre geradezu Anmaßung. – Wir sind vereidigt, die Wahrheit zu sprechen, und die Wahrheit ist halt so. Es stimmt, in Bayern ist es stabiler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern haben die Menschen mehr Chancen als anderswo. Der Erfolg der Politik bemisst sich am Zustand eines Landes, nicht am Zustand eines gewünschten Schla-

raffenlandes, das weiß ich schon auch, sondern am Zustand unseres Bayernlandes. Es mag noch viel zu tun geben, ja, sonst bräuchte man auch keine Politik mehr, und es gäbe keine Weiterentwicklung mehr. Eines steht aber doch fest: Es gibt auf dieser Welt etwa 8 Milliarden Menschen; mindestens 7,5 Milliarden würden sehr gerne mit uns in Bayern tauschen, da bin ich mir ganz sicher.

Dass diese Politik für die Menschen in Bayern gut ist, haben wir, glaube ich, bewirkt und gezeigt. Wir ruhen uns nicht aus. Nur hilft es auch nichts, ausschließlich über internationale Entwicklungen zu klagen, sondern wir müssen auch jeden Tag überlegen, was wir tun können. Welchen Beitrag können wir selbst in einer unsicheren Welt leisten? Was können wir tun, um die Sicherheit zu gewähren, die sich manche erträumen, aber die sich in der Zeit eben nur schwer organisieren lässt? Dieses Überlegen ist der Ausdruck in unserem Haushalt.

Ich unterstelle jedem guten Willen. Dass wir hier um Lösungen ringen, ist eigentlich schon in Ordnung, aber manchmal, wenn ich zuhöre, frage ich mich, welche Blüten das treibt, angebliche Lösungen zu präsentieren. Die einen sagen, wir sollten endlich Schulden machen. Andere finden, wir nehmen ohnehin schon zu viel aus der Rücklage. Wieder andere finden es eigentlich egal, woher das Geld kommt, aber es sind folgende Maßnahmen, die unbedingt noch gemacht werden müssten, und zwar zusätzlich.

Wieder andere betonen unablässig, es wäre das Geld vom Bund dabei, dafür hätte ich mich gleichsam zu entschuldigen oder das wenigstens immer wieder zu sagen. Das haben wir immer wieder gesagt. Ich bedanke mich auch beim Ministerpräsidenten dafür, dass er dafür gesorgt hat, dass dieses Geld kommt. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass 7 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen in Bayern nur deshalb möglich sind, weil wir dieses Geld bekommen. Ich habe heute mehrfach gehört, wir könnten uns den Haushalt nicht ausgleichen, wenn wir das Geld nicht bekommen würden. Auch das ist nur eine Annahme, die durch nichts zu belegen ist. Hätten wir das Geld nicht bekommen, wäre halt der Haushalt kleiner und es würde weniger investiert

werden. Aber zu behaupten, dass wir die schwarze Null gleichsam nur deswegen hinbekommen, weil das Geld aus Berlin kommt, ist intellektuell einfach nicht richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen, Frau Köhler, definiert sich beim Bund die Zusätzlichkeit nach dem Grundgesetz so, dass über 10 % Investitionsquote erreicht werden muss; dann gilt es demnach als zusätzlich. Bei den Ländern ist das Wort "zusätzlich" überhaupt nicht in den Gesetzen aufgetaucht. Es ist aber trotzdem zusätzlich bei uns.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Hätten wir die 7 Milliarden Euro nicht, würden wir 7 Milliarden Euro weniger investieren, also investieren wir 7 Milliarden Euro, und zwar ausschließlich und zusätzlich.

Bei der Investitionsquote, Herr Halbleib, ist man natürlich immer tricky unterwegs. Sie haben eine Landtagsanfrage gestellt, nach der alle Bundesmittel herausgerechnet werden sollten, die wir bekommen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist korrekt!)

nicht auf das LuKIFG selbst bezogen, sondern Sie haben gesagt, alle Bundesmittel müssen einmal herausgerechnet werden, Regionalisierungsmittel und alles, was es gibt. Wie hoch wäre dann die Investitionsquote? – Heute treten Sie dann mit dieser Zahl an, aber dann müssen wir auch ehrlicherweise sagen, was sich im Verhältnis zu den vorigen Jahren verändert hat. Im Verhältnis zu den vorigen Jahren hat sich nicht das verändert, dass sämtliche Bundesmittel herausgerechnet werden, sondern dass die Gelder des sogenannten LuKIFG hinzukommen. Würde man diese herausrechnen, wären wir bei 13,8 % und nicht bei 12,2 %.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Deswegen sollte man immer die ganze Wahrheit ansprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, ja, ja. – Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Wir haben im Jahr 2026 immerhin 13,8 % Investitionsquote, selbst wenn es die 7 Milliarden nicht gäbe. Nordrhein-Westfalen hat 11,2 %, trotz dieser Gelder. Im Übrigen gibt es Länder, die auch die Gelder vom Bund bekommen und trotzdem noch Schulden machen. Deswegen ist es doch fast ein Witz, dass man sich hierher stellt und der Öffentlichkeit erklärt, wir könnten nur deswegen keine Schulden machen, weil das Geld käme. Andere wären quasi solide unterwegs, wir würden nicht investieren. Es ist also nur eine Halbwahrheit, also kein Halbleib, sondern eine Halbwahrheit, Herr Halbleib. Das ist etwas, was mich ärgert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der sensationellste Vorschlag, den ich in den letzten Tagen gehört habe – heute habe ich ihn wieder gehört – war, wir hätten voriges Jahr Geld durch eine Erbschaftsteuer eingenommen. Das steht überall in allen Zeitungen. Ich bin so froh, dass ich Träger des Steuergeheimnisses bin. Auf der anderen Seite tut es mir fast leid, weil ich gehört und gelesen habe, wie viel Unsinn erzählt wurde, wie viel Geld das angeblich wäre, wie viel Geld wir endlich wieder verteilen könnten. Eines steht aber fest: Daraus jetzt den Schluss zu ziehen, wir könnten ausgabenwirksame laufende neue Programme organisieren, also wir könnten die nächsten 100 Jahre kostenfreies Mittagessen – das kostet ja nur 100 Millionen Euro – aus Einnahmen der Erbschaftsteuer organisieren – ist nicht möglich. Man kann nicht aus einmaligen, zufällig entstandenen Steuereinnahmen dauerhaft neue Belastungen für den jährlichen Staatshaushalt organisieren und bezahlen. Das geht nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben also alles erlebt in diesen Tagen, den ganzen Menschen in seinem gesamten Widerspruch erlebt und akzeptiert. "In veto veritas" ist quasi die neue Wahrheit unserer Opposition. Anscheinend will man überall dagegen sein, egal was wir tun und

machen. Das kann man machen, das ist wohl das Recht der Opposition. Ich respektiere das, ich achte das, aber ich muss schon sagen: Ich mache diese wunderschöne Aufgabe jetzt seit über acht Jahren. Ich kann auch nicht alles richtig machen, ich habe auch Fehler gemacht. Ich bin aber sehr froh, dass ich nicht jedem Vorschlag gefolgt bin, den ich hier gehört habe;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn so viele falsche Prognosen wie hier – – Wir sollten immer ausgewogen denken, auch selbst die Logik bemühen. Eine der größten Fehlprognosen der letzten Jahre war im Übrigen, als ich immer wieder gesagt bekam: Schulden könnt ihr machen, so viele ihr wollt, Zinsen wird es eh nicht mehr geben. – Höchstrangige Experten haben uns erklärt, es wird nie mehr Zinsen geben. Es wird die nächsten 25 Jahre wie in Japan sein und nie mehr Zinsen geben. Gottlob bin ich denen nicht gefolgt und habe uns nicht empfohlen, immer noch mehr Schulden zu machen; denn die Zinsausgaben, die wir jetzt haben, sind – Gott sei Dank – auf einem Niveau, das zu bewältigen ist.Hätten wir die gleichen Zinslasten – das ist heute schon einmal gesagt worden – wie andere Bundesländer, würden wir jährlich im Milliardenbereich mehr Zinsen bezahlen müssen – mit Geld, das wir jetzt für Dinge verwenden können, die wir uns wünschen.

Deshalb müssen wir einen kühlen Kopf bewahren. Die Grundlage sind und bleiben ordentliche Finanzen. Wir müssen schauen, dass wir die Ausgaben und Einnahmen einigermaßen in ein Verhältnis bringen, das den Bedürfnissen gerecht wird, aber auch der Verantwortung entspricht, die wir alle miteinander haben. Es ist nicht Verantwortung zu sagen: Ich habe eine Idee. Finanzminister, zahl mal. Sondern Verantwortung heißt, das Königsrecht des Parlaments, dann auch die Verantwortung zu übernehmen. Die trägt nicht alleine der Finanzminister, meine Damen und Herren. Ich bin auch nur einer von 200 hier drinnen. Aber ich kann jedenfalls darauf hinweisen, was ich meines Erachtens verantworten kann, und was wir hier vorlegen, ist verantwortbar.

Natürlich danke auch ich allen, die uns diese Steuergelder zur Verfügung stellen. Das ist doch keine Frage. Die Menschen in unserem Land geben ihr Bestes. Aber wir geben auch unser Bestes. So kann man sich auf Bayern verlassen. Wir setzen unsere Grundsätze um. Sie sind angesprochen worden: Investieren, Reformieren, Konsolidieren. Selbstverständlich. Dafür haben wir diesen Zukunftshaushalt vorgelegt; eine nachhaltige Haushaltsführung und Investitionen stehen im Vordergrund.

Das wichtigste Krisenbewältigungsinstrument dieser Jahre ist die Investition. Das haben wir immer gemacht, und das sagt nicht nur der bayerische Finanzminister. Manchmal sollte man vielleicht denen glauben, die von außen auf uns schauen. Wenn Standard & Poor's uns bewerten, wenn Moody's uns bewertet – und das auch im März 2026, also ganz aktuell, nicht irgendetwas Erfundenes –, mit der Bestnote, die es für Staatshaushalte gibt,

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! Super!)

dann fühle ich schon eine gewisse Bestätigung derjenigen, die sich da auskennen. Das sage ich ganz offen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir als Grundsatz die Solidität haben, dann verstehe ich nicht, wie man darauf kommen kann, heute zu sagen, wir würden beim Bund anschreiben lassen. Ich wüsste nicht, dass ich dem Bund irgendetwas zurückzahlen müsste, was wir von dort bekommen haben.

Auch mit der Rücklage ist es so. Immer wieder wird behauptet: Die Rücklage! – Die Rücklage wird bei uns so oft ausgegeben, dass ich schon ganz schwindlig werde. Jeder gibt Geld aus der Rücklage aus. Der Haushalt ist eben so kalkuliert, dass nach dem Doppelhaushalt mindestens noch etwa eine Milliarde Euro in der Rücklage bleibt. Ich sage ganz ehrlich: Davon gehe ich nicht runter; denn die Rücklage ist eine gewisse Sicherheit, die man haben muss.

Was ich heute gehört habe, da könnte man doch noch, da ist immer noch Geld da. – Jeden, der das jetzt fordert, frage ich: Ja, meine Damen und Herren, wie machen Sie das denn daheim? Geben Sie auch den letzten Cent aus, den Sie haben und hoffen dann, dass irgendwo auf der Straße Geld rumliegt, wenn doch etwas dazwischen kommt, oder wie?

Ich möchte schon betonen, dass wir auch hier beim Staatshaushalt seriös weiterplanen wollen. Deswegen bleibt da jetzt prognostisch mal eine Milliarde Euro drin. Anstatt sich darüber zu freuen, dass wir Geld für den nächsten Doppelhaushalt haben, wenn im Laufe der Jahre im Haushaltsvollzug, warum auch immer, wieder Geld in die Rücklage zurückfließt, werde ich hier ständig dafür kritisiert, dass ich auf das Geld aufpasse.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Mich kann man für alles kritisieren, aber dass ich auf das Geld aufpasse, dafür brauchen Sie mich nicht zu kritisieren. Dafür braucht ihr mich nicht zu kritisieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nehmen fünf Milliarden Euro aus dieser Rücklage. Das ist ja vielen ohnehin zu viel. Viele Experten erklären sowieso schon wieder den Untergang des christlichen Abendlandes, weil wir das tun. Ich halte es in der Situation für verantwortbar. Wir arbeiten wirklich antizyklisch. Früher hieß antizyklisch: In wirtschaftlich guten Zeiten bauen wir Rücklagen auf, und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nehmen wir das Geld her. Das tun wir eben: Wir setzen das Geld wieder ein. Das ist erwirtschaftetes Geld des Freistaates Bayern. Dafür brauchen wir im Übrigen keine Zinsen zu bezahlen.

Manche verstehen unter dem neuen "Antizyklisch" gleichsam, dass man in guten Zeiten das ganze Geld raushaut und in Krisenzeiten Schulden macht. – Das ist nicht besonders schlau. Das ist eher ein etwas monosynaptischer Ansatz von antizyklischem Verhalten. Deshalb bemühen wir uns darum, das nicht zu tun. Ich weiß auch nicht,

was in fünf Jahren ist. Ich weiß nicht, was in zwei Jahren ist. Aber im Moment ist das das echte Planungsoptimum, das wir hier vorlegen können, und das eben nicht zulasten von Investitionen. Es sind 17,1 %. Natürlich ist da Bundesgeld dabei, das habe ich doch nie verschwiegen. Ich sage es ausdrücklich wieder. Es ist nie verschwiegen worden, ganz im Gegenteil, es ist von Anfang an kommuniziert worden, dass unser Ministerpräsident in Berlin durchsetzen konnte, dass wir – wie andere Länder auch – das Geld bekommen.

Die Rücklage ist unsere Vorsorge. Wir schauen auch, dass wieder etwas in die Rücklage kommt. Es ist besser, aus der Rücklage zu finanzieren, als Schulden zu machen. Ich sage es noch einmal: Wir zahlen dafür keine Zinsen.

Ja, wir sind auch bereit zur Konsolidierung. Warum? – Weil eben fünf Milliarden Euro Entnahme aus der Rücklage auch mal reichen müssen, weil die sieben Milliarden Euro vom Bund für Investitionen zur Verfügung stehen und weil wir darüber hinaus keine Schulden machen wollen. Wir haben ein strukturelles Defizit in der Planung. Das wollen wir verringern, und wir konsolidieren an uns selbst. Die Konsolidierungsbeiträge der Ressorts: eine Milliarde. Die Verwaltungsbudgets werden um 5 % gekürzt. Dennoch ist es so, dass der mit Abstand größte Posten in unserem Haushalt die Personalkosten sind. In diesem Jahr ist es etwas weniger, weil die LuKIFG-Mittel dazu kommen, aber im Durchschnitt kommen wir bald wieder über die 40 %.

Deswegen muss man sich halt auch Gedanken machen. Wir haben in den letzten Jahren viele Stellen aufgebaut. Wir haben bei uns, durch unsere Alimentation, die wir in Bayern schon lange geregelt haben, ein Niveau der Beamtenbesoldung erreicht, das sich im Vergleich mit allen anderen mehr als sehen lassen kann. Dann sollte man auch mal darüber nachdenken, dass wir beim größten Ausgabenposten von rund 40 % einen Teil auch daraus wieder erwirtschaften müssen. Meine Damen und Herren, 300 Millionen Euro sind nicht einmal 1 % davon. Dann ist es eben auch klug, dass wir uns gemeinsam überlegen, was man hier tun kann. Niemand hat gesagt – schon gar nicht der Ministerpräsident –, dass hier irgendetwas zugesagt worden

wäre, wegen 1.000 Euro, all den Dingen. Das hat mit dem Haushalt im Übrigen noch überhaupt nichts zu tun. Sondern wir haben uns eben entschieden, bis 2040 weniger Stellen zu haben. Im Übrigen finden es auch viele Menschen gut, die uns beobachten, dass wir selber darüber nachdenken, wie wir die Stellen in den nächsten Jahren etwas reduzieren können. Die Tarifverschiebung ist jedenfalls kein struktureller Eingriff. Das ist keine Nullrunde oder so etwas. Wir stehen zu unserem Beamtentum.

Ich sage es noch einmal: Anders als GRÜNE und SPD stehen wir zur Beihilfe statt zur Bürgerversicherung. Wir stehen dafür, dass die Altersversorgung bei den Beamten bleibt, wie sie ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin selbst beim Beamtentag gewesen – darum drückt man sich nicht – und habe dort die Dinge erklärt. Ja, da löst man keine Begeisterung aus. Neue Freundschaften gründet man da nicht. Aber da sind vernünftige Menschen, die nicht gepfiffen, nicht gebuht und keinen Aufstand veranstaltet haben, sondern gesagt haben: Okay, wenn das so ist, dass auch der öffentliche Dienst zur Konsolidierung in der Situation einen Beitrag leisten soll, dann machen wir dieses halbe Jahr, auch wenn es uns nicht gefällt.

Ich danke auch für dieses Verständnis und bitte darum, dass wir im öffentlichen Dienst, mit der Zusage, dass wir weiterhin für Verbeamtungen streiten und kämpfen werden, auch in Zukunft gut miteinander umgehen können.

Mir ist bewusst, dass das ein Einschnitt ist. Aber ich sage es auch ganz offen: Es ist ein sicherer Arbeitsplatz in der Krise. Wir leben in Zeiten, in denen Arbeitsplatzsicherheit wieder höhere Relevanz haben wird. Deswegen ist das ein Kompromiss. Es ist nicht so, dass im Doppelhaushalt nur 600 Millionen Euro gespart werden, was immer behauptet wird, sondern wir entnehmen schon fünf Milliarden aus der Rücklage. Ich will es einfach noch einmal in Erinnerung rufen. Ich glaube, das ist insgesamt etwas, was wir verantworten können und wofür ich um Verständnis bitte.

Ich habe die Eckpunkte oft erklärt. Die Investitionsquote habe ich dargestellt, auch das, was Herr Halbleib sagte. Alle Ministerien sind jetzt gut mit Geld ausgestattet, für Bildung, Sicherheit, Recht, Wohnraum, Integration – das ist etwas, was immer noch viel Geld erfordert –, die Hightech Agenda. Die Dinge sind die letzten Tage alle diskutiert worden.

Die Kommunen sind heute noch mal in den Mittelpunkt gerückt worden. Auch hier steht Geld sachgerecht zur Verfügung. Auch hier muss ich schon mal etwas erklären: Es ist ja gut, wenn sich die GRÜNEN oder andere befreundete Parteien hier hinstellen und sagen: Die Staatsregierung hat nun endlich darauf gehört und eine kommunale Milliarde organisiert. – Meine Damen und Herren, darf ich Ihnen mal erklären, wie sich die kommunalen Gelder die letzten Jahre entwickelt haben, bevor Ihr angeblich heroischer Kampf um die Kommunalmilliarde uns besiegt hätte? – Wir hatten 2023 20,4 Milliarden Euro Leistungen an die Kommunen, über den Finanzausgleich hinaus.Im Jahr 2024 waren es 21,2 Milliarden Euro. Das waren also schon 0,8 Milliarden Euro mehr. Im Jahr 2025 waren es 22,2 Milliarden Euro. Das heißt, schon im Jahr 2025 stieg die Leistung des Staates an die Kommunen um 1 Milliarde Euro im Vergleich zum Jahr vorher an. In diesem Jahr sind es 23,8 Milliarden Euro und damit um über 1,5 Milliarden Euro mehr. Deshalb bitte ich, hier nicht einfach etwas in die Welt zu setzen, was sich jedenfalls anhand von Zahlen nicht belegen lässt.

Die Kommunalmilliarde ist keine Erfindung der GRÜNEN in diesem Jahr, sondern die Kommunalmilliarde beim Freistaat Bayern wird seit etwa drei Jahren in etwa umgesetzt. Das ist Politik für die Kommunen, die wir betreiben, und ich glaube, das ist das deutliche Signal: Kommunalfreundlicher als der Freistaat Bayern ist kein anderes Land in ganz Deutschland.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir haben das im Einvernehmen mit allen vier kommunalen Spitzenverbänden gemacht. Wir haben diese Dinge jedes Jahr im

Einvernehmen verhandelt und besprochen. Natürlich achte ich die Opposition und die Meinung aller. Ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich: Mir ist eine Einigkeit mit den kommunalen Spitzenverbänden noch mehr wert als die Einigkeit mit der Opposition.

(Zurufe der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Die kommunalen Spitzenverbände haben das wirklich klug mit uns besprochen, sie haben sich darauf verständigt, und ich gehe davon aus, dass die kommunalen Spitzenverbände nichts machen und unterschreiben, was zum Schaden der Kommunen in Bayern wäre. Deswegen habe ich hier ein reines Gewissen.

Ich habe in keiner Kommunalwahlkampfveranstaltung, in der ich unterwegs war, als hauptsächliches Thema erlebt, dass die Kommunalfinanzen in diesem Jahr schlecht wären. Im Gegenteil: Überall wo ich ankam, haben sich die Bürgermeister, die Landräte, die Bürgermeisterinnen, die Landrätinnen und die Bezirkstagspräsidenten bei uns dafür bedankt, dass wir das gut organisiert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Insofern sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass wir an dieser Stelle nicht angreifbar sind. Die Kommunen können investieren.

Zum negativen Finanzierungsaldo der Kommunen: Auch das habe ich schon so oft erklärt, dass ich manchmal die Sorge habe, ob die Auffassungsbereitschaft aller überhaupt gegeben ist. Wenn wir ein Finanzierungsdefizit der Kommunen in 2025 von 4,7 Milliarden Euro hatten, dann ist das nicht schön.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Nicht schön!)

Das ist aber auch deshalb entstanden, weil Sozialleistungen über Bundesgesetze bezahlt werden müssen, die die Kommunen sehr belasten. Außerdem ist es durch

noch etwas entstanden. Es ist paradoxerweise auch dadurch entstanden, dass die bayerischen Kommunen so viel wie keine anderen investieren.

Hätten die bayerischen Kommunen mit einer Investitionsquote von über 23 % in 2024 nur so wenig investiert wie die nordrhein-westfälischen Kommunen mit einer Investitionsquote von 12,3 %, dann hätten die bayerischen Kommunen kein Finanzierungsdefizit, sondern gar einen Überschuss. Ich bin aber froh, dass sie so viel investieren. Der errechnete Überschuss, kameral entstanden, kommt also daher, dass die Investitionstätigkeit der bayerischen Kommunen annähernd doppelt so hoch wie in Nordrhein-Westfalen ist. Das ist der Hauptgrund.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Wir bauen unsere Schulen, und 1,3 Milliarden Euro in diesem Jahr nach Artikel 10 FAG ermöglichen viele Schulneubauten. Ich bin gespannt, ob das Geld überhaupt abfließt, das wir jetzt auch durch die Bundesmittel ins Schaufenster gestellt haben.

Wir haben in diesem Doppelhaushalt einen Kommunalanteil von 32,8 %. Ein Drittel des gesamten Haushalts geht also auf irgendeinem Weg an die Kommunen.

Ich will noch eines sagen: Personal etwa 40 % und Kommunen etwa 33 % bedeutet, dass wir eigentlich 73 % unseres Haushalts langsam schon gar nicht mehr hier diskutieren müssen. Denn dieses Geld geben wir im Prinzip schon aus dem Gestaltungsbereich heraus, was überhaupt noch staatliches Handeln neben Personal und Kommunen bedeutet.

Wir haben viel getan. Die Kommunen erkennen das an, und ich bitte auch die Opposition, das anzuerkennen. Im Haushalt wurde alles vorgestellt, und heute sollen diese 168 Milliarden Euro beschlossen werden.

Ich möchte wenigstens einmal sagen, auch wenn es immer niemand hören will – jedenfalls aufseiten der Opposition –: Wir konnten 168 Milliarden Euro planen, und

natürlich könnten wir etwa 19 Milliarden Euro mehr planen, gäbe es nicht den Finanzausgleich, den Länderfinanzausgleich, den Finanzkraftausgleich. Nur einfach einmal als Schmankerl: Wir planen 168 Milliarden Euro, aber wir hätten eigentlich 187 Milliarden Euro, mit denen wir planen könnten, gäbe es dieses Instrument nicht.

Deshalb erlaube ich mir auch heute wieder, darauf hinzuweisen, dass wir nicht nur Bayern und unsere Kommunen finanzieren. Stellen Sie sich vor, dass sich der kommunale Finanzausgleich für dieses Jahr auf knapp 13 Milliarden Euro und die Zahlungen im Finanzkraftausgleich zuletzt auf knapp 12 Milliarden Euro belaufen haben. Wir geben an andere Bundesländer annähernd so viel wie an die bayerischen Kommunen, und ich muss mir dann anhören, wir würden die Kommunen zu wenig unterstützen. Welch Widerspruch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke allen. Ich danke den Ministerien für die Verhandlungsbereitschaft und dem Ministerpräsidenten für das Mithelfen, dass wir eine gute Haushaltsaufstellung hinbekommen haben. Ich danke meinen Ministerinnen- und Ministerkollegen, dem Landtagsamt, allen Beamtinnen und Beamten, die sich in den Ressorts und insbesondere auch in meinem Ministerium mit dem Haushalt beschäftigen. Herrn Hübner zusammen mit allen Damen und Herren, die mitgeholfen haben, dass ich überhaupt in die Lage versetzt wurde, solche Haushalte zu verhandeln, sei gedankt.

Ich danke den Fraktionen, die den Haushalt entgegengenommen haben, und natürlich danke ich allen, die sich damit auseinandergesetzt haben. Das gilt für die Opposition genauso wie für die Regierungsparteien. Sie werden aber verstehen, dass ich mich bei den Kollegen Holetschek, Streibl, Zellmeier und Pohl in besonderer Weise bedanke; denn sie sind es auch, die heute dazu beitragen, dass dieser Haushalt überhaupt beschlossen werden kann.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die machen ja, was sie wollen!)

Wenn dieser Haushalt heute nicht beschlossen würde, wären wir nicht handlungsfähig. Deswegen danke ich allen von ganzem Herzen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute da sind und sagen können: Wir beschließen den Haushalt nicht nur für 2026, sondern auch für 2027. – Das ist ein ganz starkes Signal in dieses Bayernland hinein. Vergelts Gott!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wichtig ist aus meiner Sicht, dass wir nun wieder an das Erwirtschaften denken. Ich darf noch sagen: Erwirtschaften heißt auch Zuversicht in komplizierten Zeiten, eine wachstumsorientierte Politik – ich sprach es an –, Investitionen.

Wir hatten in den letzten Jahren unsere Haushalte immer als Krisenbekämpfungsgrundlage. Mir ist wichtig, dass wir sie wieder als Wachstumsgrundlage begreifen und wissen: Alles, was wir jetzt tun, zielt darauf ab, dass in diesem Land wieder erwirtschaftet wird.

Wir können uns nicht darauf verlassen, dass irgendwoher Geld kommt, irgendwer für uns Schulden macht, wir möglicherweise irgendwie ganz gut durchkommen werden. Wir müssen wieder an die Spitze der Bewegung, und wir erwirtschaften in Deutschland bei Weitem nicht das, was wir ausgeben und ausgeben wollen.

Der einfache Ruf nach immer noch mehr wird nicht gelingen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir geben in Deutschland pro Monat und Kopf für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung 500 Euro und im Jahr noch einmal einen Bundeshaushalt aus. Wenn wir deshalb über Reformen im Land sprechen, ist es schwer zu glauben, dass Reformen bedeuten, alle würden noch mehr Geld bekommen. Wir werden herausgefordert sein. Wir werden als politisch Verantwortliche gefordert sein, uns auch Dinge zu überlegen, die nicht jedem gefallen. Das müssen wir einfach einmal sagen.

Wir wollen in Deutschland überall Garantien. Wir wollen einen Job garantiert, eine garantierte Arbeitszeit, garantierte Renten, eine garantierte Krankenversorgung, einen

garantierten Urlaub. Garantien kosten aber Geld, und deshalb müssen wir dieses Geld erwirtschaften.

Wir brauchen wieder Hunger nach Erfolg statt Angst vor dem Scheitern. Wohlstand ist kein Naturgesetz, aber wir können diesen Wohlstand halten. Wir können ihn auch weitergeben; denn es ist eine Zeit, die Entscheidungen noch möglich macht. Wir haben eine Demokratie, und Gott sei Dank können wir selbst entscheiden, was wir für richtig halten.

Den Wert einer Zeit erkennt man nicht an der Ernte, meine Damen und Herren. Den Wert einer Zeit erkennt man an der Aussaat. Deswegen bitte ich, dass wir diese Aussaat ernst nehmen. Man muss Saaten, die aufgehen, hegen und pflegen; das Gras wächst nicht schneller, weil man daran zieht.Wir haben in Bayern so gute Wachstumsbedingungen. Wir haben alles: Wir haben Talent, Infrastruktur, ein ordentliches Klima, Kapital, Tradition und Wissen. Aber die Welt wartet nicht auf uns. Wir müssen selbst anpacken. Jeder muss tun, was er kann. Wir tun das. Wir schaffen heute mit diesem Doppelhaushalt die Grundlage dafür, dass es in Bayern aufwärtsgeht, wir stabil bleiben und in ein paar Jahren alle sagen werden: Was ihr damals beschlossen habt, war ein richtiger Impuls zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Bayern und zum Wohle der Menschen hier in diesem wunderschönen Land. Deshalb gilt mein ganz herzlicher Dank all denjenigen, die diesem Haushalt heute zustimmen werden. Diejenigen, die das nicht möchten, können sich noch eine Minute überlegen, ob sie es nicht doch tun.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zuerst einmal herzlichen Dank, dass Sie am Ende Ihrer Ausführungen noch einmal so fulminant auf unsere Kritik am Länderfinanzausgleich eingegangen sind. Das war sehr wichtig.

Herr Staatsminister, bei allem Respekt vor Ihrer persönlich wirklich integren Arbeitsleistung, wirkliches Wachstum für unseren bayerischen Freistaat wird es nur geben, wenn die CSU in Berlin den dortigen Niedergangsverwaltern zumindest ordentlich die Leviten liest oder bestenfalls erkennt, dass mit der dortigen Koalition kein Staat und schon gar kein Freistaat zu machen ist. Viele Ihrer Kollegen haben das bereits erkannt. Schließen Sie sich diesem Gedanken im Sinne unseres schönen Freistaats bitte an.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Natürlich kämpfen wir in Berlin für das, was dem Freistaat guttut. Wir werden auch immer darauf hingewiesen, was Berlin alles gemacht hat. Das hat unser Ministerpräsident dort durchgesetzt. Insofern ist alles, was wir dort im Rahmen unserer Möglichkeiten erreicht haben, gut für Bayern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die zweite Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Minister, herzlichen Dank, dass Sie meine Aussage bestätigt haben, dass bei einer Investitionsquote von 17,1 % bei Herausrechnen der Bundesmittel 12,2 % herauskommen. So habe ich es im Plenum gesagt. So haben Sie es gerade bestätigt. Der Wahrheit sind wir also schon ein Stück nähergekommen.

(Lachen bei der CSU)

– So ist es. Das sind die nackten Zahlen. Die Unterscheidung von Bayern und Bund ist wichtig.

Zweitens. Herr Minister, können Sie etwas zur Verbesserung des Finanzierungssaldos im Haushaltsjahr 2025 gegenüber dem Plan sagen und wie sich dadurch die Rücklage erhöht? Sie haben am 26.03.2026 eine Anmerkung gemacht. Können Sie heute, einen Monat später, präzisieren, wie hoch der Betrag ist?

Abschließend möchte ich feststellen: Der Finanzkraftausgleich, den Sie aus meiner Sicht zu Recht beklagen, wurde von der CSU verhandelt und damals hier im Landtag bejubelt.

(Zurufe von der CSU)

Das ist die Wahrheit zu diesem Finanzkraftausgleich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Erstens noch einmal zur Investitionsquote: Passen Sie genau auf und schreiben Sie mit. Wir haben hier drei Tage lang über die Bundesmittel gesprochen, die nach Bayern laufen. Darunter versteht der Beobachter der letzten drei Tage die Gelder aus dem sogenannten LuKIFG, die zur Verfügung stehen, um die Investitionen des Freistaates und der anderen Länder zu unterstützen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Würde man nur diese Mittel herausrechnen, lägen wir bei einer Investitionsquote von 13,8 %. In Nordrhein-Westfalen liegt diese bei 11,2 %. Wir sind also auch ohne die Gelder aus dem LuKIFG allen anderen weit voraus, was die Investitionen anbelangt. Ihre Landtagsanfrage an uns war: Wie hoch wäre die Investitionsquote, wenn man sämtliche Bundesmittel herausrechnen würde? – Das geht weit darüber hinaus; denn wir erhalten Regionalisierungsmittel, Geld für Städtebauförderung usw. Das sind aber jedes Jahr die gleichen Mittel; denn es ist nicht so, dass das in diesem Haushalt besonders wäre. Wenn man all diese Bundesmittel der letzten Jahre herausrechnen würde, dann läge die Investitionsquote bei 12,2 %.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es ist also ein intellektueller Swing, der klargestellt werden muss. Deswegen bin ich darauf eingegangen. Herr Halbleib, das haben Sie jedenfalls ein bisschen nebulös gehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt nicht! Lesen Sie es im Protokoll nach! Dazu wäre ich nicht in der Lage!)

– Intellektuelle Redlichkeit ist schon wichtig. Herr Halbleib, ich hatte acht Minuten Redezeit eingespart. Diese sollten wir jetzt nicht verplaudern.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was den Haushaltsvollzug 2025 anbelangt, kann ich Ihnen das dann sagen, wenn ich mit der Haushaltsrechnung komplett fertig bin und alles abgerechnet ist. Meine Worte im Haushaltsausschuss waren: Ich glaube, es wird die eine oder andere Milliarde zur Rücklage dazukommen. Jetzt möchte ich aber hier und heute vor der Weltöffentlichkeit, wer das hören will, auch sagen:

(Volkmar Halbleib (SPD): Darauf freuen wir uns!)

Ich glaube und bin sogar davon überzeugt, dass ich vor dem Hintergrund der sich ankündigenden Steuerschätzung etc. froh sein werde, für die Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts 2028/2029 wieder eine Rücklage zu haben. Egal wie viel wieder in die Rücklage fließt, ich werde Ihnen nicht empfehlen, das gleich wieder auszugeben; denn wir müssen auch den Doppelhaushalt 2028/2029 berücksichtigen. Mein Blick ist immer etwas vorausschauender als nur bis zur nächsten Landtagssitzung. Deswegen kann ich es noch nicht genau sagen, aber bleibe dabei: Die eine oder andere Milliarde wird es sein, und ich füge hinzu: Diese werden wir dringend brauchen, um unseren Aufgaben auch 2028/2029 gerecht werden zu können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Minister, können Sie sagen, wann?)

– Wenn ich mit der Haushaltsrechnung fertig bin.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zum Finanzkraftausgleich: Das haben wir schon so oft erklärt. Der Finanzkraftausgleich wurde damals ordentlich verhandelt. Insbesondere die bayerischen Kommunen sind damals wegen des Wegfalls der erhöhten Gewerbesteuerumlage signifikant entlastet worden. Durch die Reform stehen prognostisch insgesamt 1,3 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Ich sage es einmal so: Hätten wir damals keine Reform gemacht, hätten wir jetzt noch einmal 1,3 Milliarden Euro weniger. Insofern war der Jubel damals nicht klein. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass wir in Bayern im Vergleich zu allen anderen Bundesländern eine signifikant positive Entwicklung hatten. Es wird nicht so sein, dass wir gar nichts zahlen müssen. Das versteht sogar der bayerische Finanzminister. Aber es ist ein Unterschied, ob ich über 50 %, fast 60 % des ganzen Verteilvolumens oder vielleicht 30 % bis 40 % dieses Verteilvolumens zu bezahlen habe.

(Michael Hofmann (CSU): Genau!)

Meine Damen und Herren, mir ist am liebsten, wenn wir jede Milliarde, die in Bayern erwirtschaftet wurde, in Bayern verplanen können. Das ist der Grund dafür, warum ich das immer wieder thematisiere.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Füracker. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2026 abstimmen. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 19/9019, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/10962 und 19/10963, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf

Drucksache 19/10964 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11569.

Zunächst ist über die soeben erwähnten und auf Ausschussebene zur Ablehnung empfohlenen drei Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen abzustimmen. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über diese Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Ich lasse daher so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt: Diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Nun lasse ich über den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/9019 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/11569.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der

CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10939 mit 19/10961 und 19/11217 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11379.

Wir beginnen mit den zum Einzelplan 13 eingangs angekündigten vier namentlichen Abstimmungen. Konkret handelt es sich dabei um die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/10949, 19/10952 und 19/10953 sowie um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11217. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle vier Änderungsanträge zur Ablehnung.

Ich komme zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schwimmbadförderung weiter aufstocken", Drucksache 19/10949. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:21 bis 14:24 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Nun folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Polizeidienststellen", Drucksache 19/10952. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:24 bis 14:26 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen.

Wir fahren fort mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Eisenbahninfrastruktur", Drucksache 19/10953. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:27 bis 14:29 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen.

Nun lasse ich noch über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte – Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen", Drucksache 19/11217 in namentlicher Form abstimmen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:29 bis 14:31 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Bis die Abstimmungsergebnisse da sind, dauert es noch ein wenig. Sie werden dann in Kürze bekannt gegeben.

(Unterbrechung von 14:31 bis 14:33 Uhr)

Das erste Abstimmungsergebnis ist schon mal da, und zwar zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schwimmbadförderung weiter aufstocken", Drucksache 19/10949. Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 98 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Es kommen weitere Ergebnisse herein – das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von

Polizeidienststellen", Drucksache 19/10952. Mit Ja haben 38 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 121 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Jetzt folgt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Eisenbahninfrastruktur", Drucksache 19/10953. Mit Ja haben 38 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 122 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte – Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen", Drucksache 19/11217. Mit Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 98 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11379 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf Drucksache 19/11379.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung, Drucksache 19/9020, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 19/10965 mit 19/10970, die Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 19/10971, 19/10972 und 19/11218, der Änderungsantrag der Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU auf Drucksache 19/10973, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/10974 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11568.

Zunächst ist über die soeben erwähnten und auf Ausschussebene zur Ablehnung empfohlenen zehn Änderungsanträge der Opposition abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgeset-

zes 2026/2027", Drucksache 19/10968, abstimmen, zu dem, wie eingangs erwähnt, namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:37 bis 14:40 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die noch ausstehenden neun Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hohen Hauses. Gegenstimmen? – Dementsprechend keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Jetzt warten wir noch auf das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung. –

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027", Drucksache 19/10968. Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 121 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/9020. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat Zustimmung zum Gesetzentwurf empfohlen mit der Maßgabe, dass verschiedene Änderungen vorgenommen werden. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht,

Parlamentsfragen und Integration hat der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass weitere Änderungen vorgenommen werden. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 19/11568.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der AfD, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 (Haushaltsgesetz 2026/2027)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 19/10973 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen. Danke für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Schluss: 14:43 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung (Drs. 19/11379); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10949)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan			
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	63	98	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung (Drs. 19/11379); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10952)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan			
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton			
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	38	121	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung (Drs. 19/11379); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10953)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan			
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	38	122	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung (Drs. 19/11379); Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion SPD (Drs. 19/11217)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard			
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan			
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	61	98	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu den Tagesordnungspunkten **17 bis 19**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026
Drs. 19/9019, 19/11569

II. zum Einzelplan 13
Drs. 19/11379

III. zum Haushaltsgesetz 2026/2027
Drs. 19/9020, 19/11568

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026)
   hier: Schulverpflegung
   Drs. 19/10962

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026)
   Drs. 19/10963

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2026)
   Drs. 19/10964

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Stellenpool Behördenverlagerungen – Heimatstrategie
   (Kap. 13 02 Tit. 422 06)
   Drs. 19/10939

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Stellenhebungen nach Art. 6i auf das Jahr 2026 vorziehen
   (Kap. 13 02 Tit. 461 01)
   Drs. 19/10940
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sogenannte Fraktionsreserve streichen
   (Kap. 13 02 Tit. 893 06)
   Drs. 19/10941
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
   (Kap. 13 03 Tit. 883 05)
   Drs. 19/10942
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
   (Kap. 13 06 Tit. 359 01)
   Drs. 19/10943
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Staatliche Aufgaben in den Landratsämtern finanzieren
   (Kap. 13 10 Tit. 613 04)
   Drs. 19/10944
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
   (Kap. 13 10 Tit. 633 81)
   Drs. 19/10945
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken und dem Bedarf anpassen
   (Kap. 13 10 Tit. 883 04)
   Drs. 19/10946
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
   (Kap. 13 10 Tit. 883 08)
   Drs. 19/10947

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund
    (Kap. 13 10 neuer Tit.)
    Drs. 19/10948
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Schwimmbadförderung weiter aufstocken
    (Kap. 13 24 Tit. 331 74 u. 883 74)
    Drs. 19/10949
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen
    (Kap. 13 24 Tit. 883 76)
    Drs. 19/10950
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Klimabusse
    (Kap. 13 26 TG 74 - 75 neuer Tit.)
    Drs. 19/10951
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung von Polizeidienststellen
    (Kap. 13 26 Tit. 331 53 neuer Tit.)
    Drs. 19/10952
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Eisenbahninfrastruktur
    (Kap. 13 26 TG 74 - 75 neuer Tit.)
    Drs. 19/10953
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
    (Kap. 13 01)
    Drs. 19/10954
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfraktionen
    (Kap. 13 02 Tit. 893 06)
    Drs. 19/10955
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Nettokreditaufnahme
    (Kap. 13 06 TG 51 - 53)
    Drs. 19/10956

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Verzicht auf Tilgung
    (Kap. 13 06 TG 54 - 55)
    Drs. 19/10957
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –
    eine echte Krankenhausmilliarde für die bayerischen Krankenhäuser
    (Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
    Drs. 19/10958
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Fraktionsreserve – Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
    (Kap. 13 02 Tit. 893 06)
    Drs. 19/10959
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Minderausgaben aufgrund haushaltsgesetzlicher
    Einsparungsmaßnahmen in sämtlichen Einzelplänen
    (Kap. 13 02 Tit. 972 01)
    Drs. 19/10960
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Schuldentilgung
    (Kap. 13 06 Tit. 325 55)
    Drs. 19/10961
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte –
    Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen
    (Kap. 13 02 Tit. 461 01)
    Drs. 19/11217

III. Haushaltsgesetz 2026/2027

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Aufhebung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 19/10965)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Zuschläge zur Mehrarbeitsvergütung im Polizeidienst
   (Drs. 19/10966)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: kein pauschaler Stelleneinzug
   (Drs. 19/10967)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027
   (Drs. 19/10968)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Landespflegegeld
   (Drs. 19/10969)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
   (Drs. 19/10970)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
   (Drs. 19/10971)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Keine Sperre frei werdender Stellen ab 2026
   (Drs. 19/10972)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
   hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
   (Drs. 19/10974)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2026/2027
    hier: Vorziehen der Stellenhebungen nach Art. 6i des Haushaltsgesetzes 2026/2027
    (Drs. 19/11218)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 19: Gesetzentwurf der Staatsregierung; über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027; (Haushaltsgesetz 2026/2027 - HG 2026/2027) (Drs. 19/9020); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10968)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan			
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	37	121	0